

2006 &
2007

Gesammelte Statements

**FEMINISTISCHES
INSTITUT
HAMBURG**
ANALYSEN, POSITIONEN & BERATUNG

Herausgegeben von:

Tanja Carstensen, Melanie Groß,
Kathrin Schrader, Gabriele Winker

<http://www.feministisches-institut.de>

Impressum

Feministisches Institut Hamburg: Gesammelte Statements 2006 & 2007
herausgegeben von Tanja Carstensen, Melanie Groß, Kathrin Schrader, Gabriele Winker
Hamburg, 2008

Feministisches Institut Hamburg
c/o Melanie Groß
Pinnasberg 62
20359 Hamburg

Tel.: 040 / 42878 – 4005

Mail: info@feministisches-institut.de

Homepage: www.feministisches-institut.de

Arbeit

Das bedingungslose Grundeinkommen - eine feministische Perspektive ?!
28.01.2007, *Gabriele Winker* 4

Ein Plädoyer für die Achtung von Alterität und Destigmatisierung in der
Sexarbeit
04.07.07, *Kathrin Schrader* 7

Bildung

Teilhabende und Ausgegrenzte in der Schule: Was macht den Unterschied?
20.06.07, *Wibke Derboven* 11

Gender@Wiki - ein Fachwiki für die deutschsprachige Frauen- und
Geschlechterforschung
16.03.2007, *Tanja Carstensen und Melanie Groß* 14

Feministische Theorien

Critical Whiteness: Weiß-Sein - unmarkiertes Merkmal feministischer
Theoriebildung
24.06.2007, *Melanie Groß* 16

Intersektionalität als Mehrebenenanalyse
01.11.2007, *Nina Degele und Gabriele Winker* 19

Feministische postkoloniale Positionen
24.06.2007, *Melanie Groß* 22

Queer Theory
24.06.2007, *Melanie Groß* 25

Interventionen

Die Hürden der Organisation - Workshop zu kollektiven
Handlungsmöglichkeiten migrantischer Hausarbeiterinnen
04.12.2007, *Iris Nowak* 28

Populäre Lesarten des Feminismus als Chance für gesellschaftskritische Debatten nutzen! <i>11.10.2007, Gabriele Winker</i>	31
Frauenrechte in der Bundesrepublik Deutschland durchsetzen - die Frauenrechtskonvention der Vereinten Nationen CEDAW <i>20.09.2007, Rhoda Tretow</i>	34
Feminismus is en vogue! Aber welcher Feminismus? <i>17.07.2007, Birgit Riegraf</i>	37
Was haben Kopenhagener "Krawalle" mit dem 8. März zu tun? Ein Nachruf <i>08.03.2007, Melanie Groß</i>	39
Ladyfeste: (queer-)feministischer Widerstand <i>28.01.2007, Melanie Groß</i>	41

Ökonomie

Gender Marketing - das Revival der Differenz <i>29.01.2006, Tanja Carstensen</i>	45
---	----

Sozialpolitik

Freiheit oder Planwirtschaft? Das absurde Theater des Streits um Kinderkrippen und die Widersprüche im System der Reproduktion <i>08.05.2007, Gabriele Winker</i>	48
Kinder sind bereits bei der Geburt unterschiedlich viel wert <i>27.11.2006, Gabriele Winker</i>	51

Technologie

Hat die Nanotechnologie ein Geschlecht? <i>27.11.2006, Tanja Carstensen</i>	53
--	----

Alle Texte aus allen Jahrgängen sowie Informationen über die AutorInnen und die jeweiligen Verlinkungen online: <http://www.feministisches-institut.de>

Arbeit

Das bedingungslose Grundeinkommen - eine feministische Perspektive ?!

28.01.2007, Gabriele Winker

Derzeit gewinnt die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen in der politischen Arena an Bedeutung. Allerdings ist auffallend, dass sich FeministInnen nur selten und zögerlich zum bedingungslosen Grundeinkommen äußern. Ist ein Grund für diese Zurückhaltung die Angst, damit einmal mehr zurück an Heim und Herd gedrängt zu werden, gerade jetzt, wo Frauen sich gute Berufschancen angesichts ihrer hohen Bildung versprechen? Oder steht die Forderung nach dem Ausbau gesellschaftlich organisierter Sozial- und Bildungsbereiche so stark im Zentrum, dass daneben ein individualisiertes Grundeinkommen keinen Platz hat? Diese Fragen sind angesichts des feministischen Schweigens nicht abschließend zu beantworten. Stattdessen möchte ich hier verdeutlichen, wie FeministInnen die Debatte für ein bedingungsloses Grundeinkommen erweitern und vertiefen können.

Die Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen ist alles andere als neu, sie wird in Deutschland bereits seit den 1980er Jahren geführt. Das Ziel dieses Projekts ist klar umrissen. Es soll ein bedingungsloses Grundeinkommen realisiert werden, mit dem ein existenzsichernder Geldbetrag an alle Mitglieder eines Gemeinwesens individuell ausgezahlt wird und zwar ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne irgendeine Form der Gegenleistung. Neben vielfältigen Aktivitäten zum Grundeinkommen in der BRD, zum Beispiel über das [Netzwerk Grundeinkommen](#), gibt es u.a. mit dem Basic Income Earth Network ([BIEN](#)) auch weltweite Organisationen, die dieses Ziel verfolgen.

Seit die Schaffung von Arbeitsplätzen als zentrales Ziel der schwarz-gelben, rot-grünen und schwarz-roten Bundesregierungen immer offensichtlicher scheitert, gewinnt die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen besondere Aktualität. Warum sollen Erwerbslose einem Zwang zur Erwerbsarbeit unterworfen werden, wenn der Erfolg dieser Maßnahmen für die Betroffenen primär kurzzeitige Billigjobs bedeutet, die wiederum direkt dazu beitragen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu vernichten. Anstelle von Zwang und Gängelung durch Hartz IV spricht viel für ein existenzsicherndes bedingungsloses Grundeinkommen, das allen - zumindest im finanziellen Rahmen des Grundeinkommens - erlauben würde ihren Interessen nachzugehen. Die Schwerpunkte der Lebensgestaltung könnten dann frei gewählt im Bereich fürsorgender, künstlerischer, freizeitorientierter, ehrenamtlicher und/oder anderer Tätigkeiten liegen.

Dennoch gibt es auch unter den prinzipiellen Befürwortern des Grundeinkommens eine Reihe bedenkenswerter kritischer Fragen, die in einzelnen Statements auch aus feministischen Perspektiven zu hören sind: Handelt es sich um eine Prämie für AussteigerInnen und Erwerbslose, damit sie ihre Ambitionen auf Erwerbsarbeit aufgeben? Drängt das Grundeinkommen die Frauen zurück zum Herd? Wird es als Lohn für Kindererziehung gesehen? Fördert das Grundeinkommen den weiteren Abbau des Sozialstaates?

Um Antworten auf diese Fragen zu finden, muss die derzeitige sozio-ökonomische Situation bedacht werden. Im neoliberalen System wird alles daran gesetzt, um die Reproduktionsarbeit im Interesse kapitalistischer Verwertungsbedingungen so günstig wie möglich ohne allzu große staatliche Kosten zu realisieren. Aus einer feministischen Perspektive muss dagegen gefragt werden, wie es gelingen kann, möglichst vielen Menschen, auch Kindern und Pflegebe-

dürftigen ein hochwertiges Angebot von Gütern und Dienstleistungen im Bereich von Nahrung, Wohnung, Bildung und Gesundheit zur Verfügung zu stellen. Aus dieser Perspektive komme ich bzgl. des Grundeinkommens zu folgender Argumentation:

Es muss darauf geachtet werden, dass wirklich jedem Menschen, also auch Kindern, das volle Grundeinkommen zusteht. In der Debatte wird ohne Begründung immer wieder das Grundeinkommen von Kindern auf 50% oder 60% des normalen Beitrags reduziert. Es sind jedoch gerade Kinder, die eine qualitativ hochwertige Erziehung und Bildung benötigen und damit in ihrer Kindheit und Jugend eine Grundlage legen, um auch im späteren Leben vielfältigen Interessen nachgehen zu können.

Es muss mit allem Nachdruck darauf verwiesen werden, dass das Grundeinkommen keinen Lohn für Hausarbeit oder für Kindererziehung darstellt. Bedingungslos wird in der Debatte immer wieder ausschließlich auf Erwerbsarbeit und Bürgerarbeit bezogen. Dies muss auf die Fürsorgearbeit ausgedehnt werden. Denn selbstverständlich müssen auch nach Einführung des Grundeinkommens all die Maßnahmen vorangetrieben werden, um Erziehenden und Pflegenden eine Vereinbarkeit ihrer Fürsorgeaufgaben mit Erwerbsarbeit, mit politischer Arbeit oder mit anderen Tätigkeiten, für die sie sich entscheiden, zu ermöglichen.

Damit ist auch klar, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen nur dann seine volle Wirkung entfalten kann, wenn es verbunden wird mit einem qualitativ hochwertigen Ausbau staatlicher Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereiche. Diese Angebote müssen steuerfinanziert ohne Gebühren angeboten werden. Ansonsten wird das bedingungslose Grundeinkommen zu einem politischen Taschenspielertrick, wie dies bei dem Vorschlag des Thüringer Ministerpräsidenten Althaus bereits der Fall ist, der von €800 Grundeinkommen sofort eine Gesundheitspauschale von €200 abzieht.

In Zukunft muss deutlicher darauf verwiesen werden, dass das bedingungslose Grundeinkommen gerade auch für Frauen ein wichtiger Schritt ist, um sich aus familiären Abhängigkeiten und demütigenden Paarbeziehungen zu lösen. Oft sind es derzeit finanzielle Notlagen und Abhängigkeiten von einem Ernährer, die insbesondere Frauen dazu bringen, Unterdrückung und Diskriminierung zu erdulden.

Auch im Erwerbsleben können Individuen mit der Einführung des Grundeinkommens unwürdige Arbeitsverträge kündigen und sich gegen prekäre Arbeitsverhältnisse wenden, was gerade für Menschen mit Fürsorgeverpflichtungen wichtig ist. Waren doch sie bisher diejenigen, die sich aufgrund ihrer nicht vollständigen Flexibilität mit geringen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen abfinden mussten. Gleichzeitig gilt es auch hier weiterhin Forderungen nach einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung und einem Mindestlohn aufrechtzuerhalten.

Auch Dienstleisterinnen im Haushalt können sich bei Bezug eines Grundeinkommens gegen unabgesicherte und schlecht entlohnte Arbeitsbedingungen wehren. Allerdings ist dazu nötig, das Recht auf Grundeinkommen auf alle im Land tätigen MigrantInnen auszuweiten und ihnen nicht weiter nur dann Aufenthaltsrechte zu gewähren, wenn sie eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit vorweisen können.

Aus den genannten Argumenten wird auch klar, dass das Grundeinkommen nicht über den Abbau staatlicher Leistungen finanziert werden darf. Es muss über eine Umverteilung zwischen reich und arm realisiert werden, zwischen gut verdienenden Erwerbstätigen ohne Reproduktionsverpflichtungen gegenüber Dritten und Menschen, die aufgrund ihrer Fürsorgeverpflichtungen nur Teilzeit erwerbstätig sein können oder vom Erwerbsarbeitsmarkt ganz ausgeschlossen werden. Das bedeutet, dass das Grundeinkommen nicht neutral über die Mehrwert-

steuer oder eine andere Art von Konsumsteuer, sondern über eine erhöhte und konsequente Besteuerung von Gewinnen und Kapitalvermögen sowie einer Erhöhung der Einkommenssteuer für Besserverdienende realisiert werden sollte.

Mit einer solchen Argumentation liegt der Fokus nicht weiter auf der Erwerbsarbeit als alleinigem Weg zur Existenzsicherung, und es wird deutlich, dass gesellschaftliche Teilhabe und Emanzipation auch auf anderen, vielfältigen Wegen zu erzielen sind. Gleichzeitig wird aber auch klar, dass es nicht darum gehen kann, über das Grundeinkommen individualisierte Fürsorgearbeit zu unterstützen, sondern hierfür nach wie vor hochwertige staatliche Dienstleistungen erforderlich sind. Das bedingungslose Grundeinkommen ist ein spannendes unterstützenswertes politisches Projekt. FeministInnen haben die Aufgabe und Chance, die aktuelle Debatte um das Grundeinkommen inhaltlich zu verbreitern und damit auch zu stärken.

Arbeit

Ein Plädoyer für die Achtung von Alterität und Destigmatisierung in der Sexarbeit

04.07.07, Kathrin Schrader

Prostitution ist in Deutschland - trotz gesellschaftlicher Umbrüche - auch weiterhin mit Stigmata behaftet. Diese klandestine Welt scheint reizvoll und hinterfragt gleichzeitig die Tabus im Umgang mit Sexualität und Körper. Die Einführung des Prostitutionsgesetzes im Januar 2002 sollte die Situation der SexarbeiterInnen verbessern. Bislang wurden jedoch keine großen Erfolge verzeichnet, weil einerseits die dichotomen Gegenüberstellungen von Selbstbestimmung, Freiwilligkeit, positiver und negativer Freiheit versus Abhängigkeit, Zwang und sexuelle Ausbeutung der Komplexität von Prostitution nicht gerecht werden und andererseits die Verschränkungen verschiedener Gesetzgebungen zu neuer Marginalisierung führt. Es ist erforderlich die Heterogenität der Sexarbeit aufzuzeigen und auch die Marginalisierten entlang der Achse des Prostitutionsgesetzes sichtbar zu machen.

"Das Stigma der Hure trennt uns Frauen in gute und schlechte Frauen. Dieses Stigma ist eine Säule der patriarchalen Ideologie. Es ist notwendig, das Konzept der Prostitution - in dem dieses Stigma bereits festgeschrieben ist - zu dekonstruieren." Maria Cristina Boidi, Philosophin, Koordinatorin LEFÖ, Österreich

Seit dem 1. Januar 2002 gibt es in Deutschland ein Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten ([ProstG](#)). Prostitution ist danach nicht mehr sittenwidrig. Ein Ziel dieses Gesetzes ist es, durch rechtlich abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse den Prostituierten einen Zugang zu den Sozialversicherungssystemen zu ermöglichen und die Lebenssituation von Prostituierten generell zu verbessern.

Das Gesetz wurde bereits evaluiert und die [Ergebnisse](#) zeigen, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Einführung sozialversicherungspflichtiger Tätigkeit kaum genutzt werden. Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen konnte ebenfalls nicht beobachtet werden.

Diese Sachlage ist u.a. auf die fehlenden Durchführungsbestimmungen zum ProstG zurückzuführen. Daraus resultiert eine Rechtsunsicherheit auf Seiten der SexarbeiterInnen, der BordellbetreiberInnen und der Behörden, in deren Folge es z.B. zu Willkürakten mancher Finanzämter, bei der Höhe der steuerlichen Nachveranlagung kommt. In einigen Bundesländern müssen SexarbeiterInnen, die ihr Gewerbe anmelden wollen, mit einer rückwirkenden Überprüfung ihrer Angaben und einer Anklage wegen Steuerhinterziehung rechnen. Außerdem gibt es bereits erste Forderungen an BordellbetreiberInnen eine Vorsteuer pro SexarbeiterIn in Höhe von 25€ pro Tag einzutreiben.

Gleichzeitig wird ein nicht unerheblicher Teil der Arbeit im sogenannten "illegalen" Bereich durch SexarbeiterInnen ohne gültige Aufenthaltserlaubnis oder Beschaffungsprostituierte geleistet, deren Lebenssituation viel stärker durch andere, nicht geänderte Gesetze bestimmt wird.

So ist zum Beispiel die Sperrgebietsverordnung in vielen deutschen Städten noch immer eine gängige Praxis. Diese beruht auf dem besonders eklatanten Widerspruch, dass mit dem

ProstG die Sittenwidrigkeit der Prostitution abgeschafft wurde, gleichzeitig jedoch im Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch (EGStGB) der Artikel 297 "Verbot der Prostitution" gültig bleibt, der besagt: "Die Landesregierung kann zum Schutz der Jugend oder des öffentlichen Anstandes ... durch Rechtsverordnung verbieten, der Prostitution nachzugehen" (<http://www.buzer.de/gesetz/5387/a74190.htm>).

Hier wird also den Landesregierungen erlaubt, das Ausüben einer - aus Sicht der Bundesregierung - legalen, nicht sittenwidrigen Beschäftigung, mit Verweis auf den Anstand, zu verbieten und die Prostitution so wieder zu illegalisieren.

Real dient ein Sperrgebiet nur denen, die Arbeitsplätze im Sperrgebiet oder in den Toleranzzonen anbieten und ist somit ein Instrument, das Abhängigkeiten schafft.

Von den Strafverfolgungsbehörden wird die Sperrgebietsverordnung außerdem benutzt, um diese Gebiete zu kontrollieren und mit Razzien gegen das "organisierte Verbrechen" vorzugehen.

Die Konsequenzen dieser Vereinfachung polizeilicher Ermittlungsarbeit haben die SexarbeiterInnen ohne regulären Aufenthaltsstatus zu tragen. Werden sie während einer Razzia aufgegriffen, droht ihnen zwangsläufig eine schnelle Abschiebung, wenn ihre Aussage nicht in einem Prozess benötigt wird.

Der gegenwärtige Diskurs um Frauenhandel in Deutschland hat die finnische Rechtsprechung zum Vorbild und diskutiert auch die Möglichkeit einer Umsetzung in Deutschland. Nach diesem Modell sollen auch die Freier von gehandelten und unter Zwang arbeitenden Frauen bestraft werden.

Die rechtliche Definition von "Zwang" und "Freiwilligkeit" führt jedoch automatisch zur Viktimisierung von MigrantInnen in der Sexarbeit. Außerdem setzen sich zwangsläufig alle Freier von MigrantInnen dem Verdacht aus, eine Straftat zu begehen, was wiederum Rassismus reproduziert.

MigrantInnen, die ohne gesicherten Aufenthaltsstatus in Deutschland als SexarbeiterInnen arbeiten wollen, geraten automatisch in Abhängigkeitsverhältnisse, weil sie generell Strukturen vorfinden, die ihnen keinerlei rechtlichen Schutz bieten.

Dies gilt in etwas anderen Formen auch für Beschaffungsprostituierte, sie arbeiten ebenfalls häufig im Sperrgebiet und verstoßen durch ihren Drogenkonsum obendrein gegen das Betäubungsmittelgesetz (BtMG). Diese Kriminalisierung verhindert, dass sie ihre Arbeitssituation auf Grundlage des ProstG verbessern können. Gleichzeitig fehlen ihnen wichtige Stimmen in der gesellschaftlichen Diskussion, weil sie von vielen WissenschaftlerInnen und SozialpädagogInnen nicht als Prostituierte gesehen werden, da für sie die Finanzierung ihrer Sucht im Vordergrund stünde und sie es nur selten schafften, eine professionelle Distanz zu ihrer prostitutiven Tätigkeit aufzubauen (Vgl. Brückner/Oppheimer, 2006, S. 12, 24).

Die Beispiele zeigen, wie komplex der Bereich der Prostitution ist.

Das ProstG inkludiert nur diejenigen, die über das nötige soziale, ökonomische und kulturelle Kapital verfügen, um an der geschaffenen Rechtslage zu partizipieren. Damit wird ein wichtiger Teil des Sexmarktes durch die angestrebten Verbesserungen gar nicht erreicht.

Die schrittweise Umsetzung der Gesetzgebung wird von der Forderung nach "Ausstieg" begleitet, da viele gesellschaftliche Vertreter meinen, dass Prostitution kein Beruf wie jeder andere sei ([BMFSJ Pressemitteilung](#)).

Angesichts restriktiver HARTZ IV - Gesetzgebungen, der Diskussion um Mindestlöhne und der Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse stellt sich die Frage, wohin der Ausstieg erfolgen soll und welche Perspektiven sich denn "AussteigerInnen" bieten? Die Realität in der Prostitution sieht außerdem völlig anders aus. Statt auszusteigen, drängen immer mehr Menschen aus Armut- und Überlebensgründen in den Sexmarkt. Es zeigt sich, dass auch in prekären Lebenssituationen die Abgrenzung zwischen "Freiwilligkeit" und "Zwang" in der Sexarbeit mehr als ein Definitionsproblem ist.

Viele Menschen haben in bestimmten Situationen nur noch eingeschränkte Wahlmöglichkeiten und entscheiden sich unter diesen Umständen für eine Überlebensstrategie, die sie in anderen Situationen nicht wählen würden. Eine davon kann eben auch Sexarbeit sein. Statt die "Hilfsaktivitäten" immer nur auf den "Ausstieg" zu fokussieren, sollten rechtliche, soziale und ökonomische Strukturen geschaffen werden, die die Menschen stärken, ihnen Handlungsmöglichkeiten geben und somit Abhängigkeiten vermindern.

Es ist sehr schwer, den Opferdiskursen entgegen zu wirken und differenzierte Bilder zu vermitteln. Für sichtbares menschliches Leid werden bereitwillig Gelder gespendet, für selbstbewusst handelnde Subjekte nicht. Mit medialen Bildern können starke Identifizierungen hervorgerufen werden. Wenn Betroffene es schaffen, durch medienwirksame Bilder eine Öffentlichkeit für sich herzustellen, so wird ihnen der Status des Mitmenschen zugestanden. In der Folge könnten sie Rechte einklagen, die nicht nur individuell gültig sind, sondern die Gruppe betreffen.

Die Selbstorganisation von SexarbeiterInnen in Deutschland hat schon sehr viel erreicht, aber es ist schwierig, Strategien des Empowerment in den marginalisierten Bereichen der Sexarbeit zu etablieren, denn dort ist die Situation aufgrund der Gesetzgebung im Ausländerrecht und im Strafrecht sowie aufgrund des strukturellen Rassismus bei Ämtern und Behörden sehr kompliziert. SexarbeiterInnen sind nicht per se Opfer, sie sind in ihrer spezifischen Arbeitssituation nur vulnerabler als andere. Dies gilt insbesondere für Beschaffungsprostituierte und SexarbeiterInnen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus. Auf Basis eines gesellschaftlichen Konsens muss gegen die Stigmatisierung von Sexarbeit angekämpft werden, indem die Bedingungen, die Menschen verletzbarer machen, aufgezeigt, hinterfragt und gegeben falls abgelehnt werden (vgl. Butler, 2005, S. 47).

Deshalb reicht eine Legalisierung und Regulierung der Prostitution allein nicht aus. Sie muss von ergänzenden Änderungen im Ausländerrecht, sowie im Strafrecht bezüglich der Sperrgebietsverordnung und des BtMG flankiert werden.

Gleichzeitig sollte auch in der gesellschaftlichen Diskussion über die scheinbare Gewissheit der eigenen Identität und den daraus resultierenden Zuweisungen an "die Anderen" nachgedacht werden, was eben auch bedeutet, sich die patriarchalen Strukturen, die dem Konzept der Prostitution zu Grunde liegen, bewusst zu machen.

Literatur

- Brückner; Margit/Oppenheimer, Christa: Lebenssituation Prostitution. Ulrike Helmer Verlag, Königstein/Taunus, 2006.
- Butler, Judith: Gefährdetes Leben. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2005.

Bildung

Teilhabende und Ausgegrenzte in der Schule: Was macht den Unterschied?

20.06.07, Wibke Derboven

Momentan gibt es eine breite Debatte über unterschiedliche Leistungen von Jungen und Mädchen in unserer Schule. Jungen gelten als weniger fleißig, weniger zielstrebig, weniger angepasst, etc.. Längst ist es eine soziale Tatsache, dass Schulversagen männlich ist. Eine Reformierung des deutschen Schulsystems scheint diese Debatte aber nicht zur Folge zu haben, eine Zementierung von Geschlechterdifferenzen dagegen schon. Deshalb ist es dringend notwendig, die Kategorie Geschlecht mit feldspezifischen Differenzlinien zu verzahnen

Am Anfang waren es Statistiken. So bewegten 2002 z. B. Zahlen, die belegten, dass 65% der Schulabgänger/innen ohne Schulabschluss und 64% der Schüler/innen an Sonder- und Förderschulen männlich waren, die gesellschaftliche Debatte über bundesdeutsche Schulwelten (Dannenböck/Meidinger 2003). Dann wurde eine soziale Tatsache geschaffen: Schulversagen ist männlich. Der Zeitgeist gab dem Schulversagen ein Geschlecht. Der Spiegel Artikel "Schlaue Mädchen, Dumme Jungen - Sieger und Verlierer in der Schule" (Der Spiegel, 21/2004) war Ausdruck dieser gesellschaftlichen, binären Wahrnehmung. Schlaue Jungs schienen die Konsequenzen zu ahnen und werten sich postum. "Ich bin sieben Jahre alt und gehe in die zweite Klasse. Ich bin nicht dumm und auch kein Verlierer", begann ein Leserbrief (Der Spiegel, 22/2004) zu diesem Artikel. Von solchen Leserbriefen sichtlich unberührt mehren sich seit dieser Zeit Artikel über männliche Schulversager und auch in meinem Bekanntenkreis ist es längst eine Selbstverständlichkeit, dass Jungen mehr Probleme in der Schule haben als Mädchen. In der Fachliteratur ist von "Boy Crisis" und "Jungenkatastrophe" die Rede. Dieser Botschaft etwas überdrüssig und zurückgreifend auf Batesons berühmte Sprachfigur frage ich mich schon seit längerem, ob Geschlecht im Kontext von Schule wirklich der Unterschied ist, der einen Unterschied macht. Und ich frage mich weiter, ob diese Unterscheidung geeignet ist, Gestaltungsmaßnahmen abzuleiten, die auf weniger Ausschlüsse und mehr Engagement und Lernfreude in den Schulen fokussieren.

Die Zahlen, die aufzeigen, dass Jungen häufiger als Mädchen ausgegrenzt werden und sich ausgrenzen lassen, gibt es und sie sollten auch nicht ignoriert werden. Sie sollten aber auch nicht in den Dienst einer unreflektierten Zementierung von Geschlechterdifferenzen gestellt werden. Die wesentlichen und vor allem gestaltungsrelevanten Unterscheidungen, die über Erfolg und Misserfolg in der Schule entscheiden, liegen immer noch im Verborgenen und werden eher verschleiert als in den öffentlichen Raum getragen, wenn man zu sehr auf die Kategorie Geschlecht fokussiert. So leicht die Kategorie Geschlecht auch zu operationalisieren ist - was ihrer Beliebtheit in den Sozialwissenschaften sicherlich zu Gute kommt-, so sperrig gebärt sie sich, wenn es um die Gestaltung unserer Welt geht. Die Gefahr der Reifizierung immer im Gepäck kann unsensibler Aktionismus die Geschlechterdifferenzen eher verstärken denn abbauen. Ich möchte genauer hinschauen und die kategoriale Brille meiner Wahrnehmung und Deutung um andere Kategorien erweitern. Es geht in erster Linie weniger um die Unterscheidung "Junge - Mädchen" im Schulsystem, sondern um die Unterscheidung "erfolgreiche Akteur/innen - erfolglose Akteur/innen". Was sind aber die wirkmächtigen Differenzen, die im Kampf um Schulerfolg und Schulversagen, im Kampf um Teilhabe und Ausgrenzung wirken? Mit welchen Unterscheidungen müssen wir in die Analyse gehen, um daraus Konzepte zu entwickeln, die mehr Lernende zu Teilhabenden in der Schule und damit später auch in der Gesellschaft werden lassen? Es ist an der Zeit die Kategorie Geschlecht mit feld-

spezifischen Kategorien der Differenz zu verzahnen, damit sich in unserer Gesellschaft nicht das materialisiert, was man verhindern möchte - nämlich Geschlechterdifferenz. Die Geschlechterforschung hat - ausgelöst durch die Debatte um die Reifizierung - neue Wege der Kategorisierung in der wissenschaftlichen Forschung und für gesellschaftliche Debatten vor- und eingeschlagen und verschiedene Konzepte für eine komplexere Analyse entwickelt. Die Aussagen über Jungen in der Schule sollten nicht hinter diese Debatte zurückfallen. Vor diesem Hintergrund ist die Sichtbarmachung vielfältigster Kapitalien und Differenzlinien in der Lebenswelt "Schule" mehr als überfällig. In jüngster Zeit kann man zwar eine Verknüpfung der Kategorie "Geschlecht" mit der Kategorie "Schicht" und der Kategorie "Ethnie" beobachten, die unter bestimmten Rahmungen zu begrüßen wäre, derzeit aber eher Zuschreibungen und Vorurteile produziert. Der Trend zeichnet sich ab, dass Schulversager ein neues Label bekommen: männlich, aus der Unterschicht und mit Migrationshintergrund. Stereotypisierungseffekte sind vorprogrammiert, wenn man diese neue Differenzierung nicht in die Rahmung von struktureller Ausgrenzung, sondern in die Rahmung von elterlichen Erziehungsdefiziten stellt. Ein Blick auf feldspezifische Differenzlinien ist nach wie vor dringend notwendig.

Schaut man in den [Bildungsbericht 2006](#) so lassen sich gestaltungsmächtige Differenzlinien jenseits des Geschlechts erkennen, wenn auch manchmal erst auf den zweiten Blick. So wird z. B. in dem Kapitel "Unterschiede nach Geschlecht" vor allem auf die höheren Sprachkompetenzen der Mädchen hingewiesen. Sprachkompetenzen scheinen ein Kapital darzustellen, welches nicht innerhalb des Systems angesammelt werden kann, aber für die Schullaufbahn von entscheidender Bedeutung ist und damit eine entscheidende Differenzlinie darstellt. Ebenso Geschlechter different aber weit weniger schulrelevant sind computerbezogene Kompetenzen. Im Bildungsbericht wird fest gehalten, dass Jungen insgesamt besser mit dem Computer umgehen als Mädchen. Gleichzeitig wird deutlich, dass der Umgang mit dem Computer weitgehend außerhalb der Schule erlernt wird und dass diese Kompetenz - obwohl in außerschulischen Lebenswelten äußerst wichtig - keine entscheidende Kapitalie und damit Differenzlinie für einen generellen Schulerfolg darstellt. Will man Teilhabe gerechter gestalten, darf Schule bei schulischen Kernkompetenzen weder auf den Lernort "Freizeit" vertrauen noch wesentliche gesellschaftliche Kompetenzen komplett aus der Bewertungslogik ausblenden.

Insgesamt scheint unser Schulsystem offensichtlich besonders ungeeignet zu sein, mit Differenz umzugehen. In der Schule haben sprechende, schreibende und lesende Tätigkeiten Vorrang vor allen anderen. Der Umgang mit zeitgemäßen Werkzeugen führt ein Schattendasein. Damit wird vorherrschend auf bürokratische Lebenswelten vorbereitet und damit einhergehend werden "bürokratische Lernstile" stark begünstigt und einseitig gefestigt. Und dies obwohl in der Lernforschung seit langem bekannt ist, dass diese Art des Lerners eher passives Wissen erzeugt und wenig geeignet ist "Selbstwirksamkeit" zu konstruieren. Und was ist mit Kindern, die andere Lernstile in ihrer Lebenswelt ausgebildet haben? Kinder, die eher einen praktischen denn einen theoretischen Sinnhorizont entwickelt haben. Diese Kinder werden stark benachteiligt, egal ob Junge oder Mädchen, und dies obwohl gerade praktisches und weniger theoretisches Handeln in vielen Lebensbereichen die Expertin/den Experten ausmacht. Vor dem Hintergrund von gleichwertiger Verschiedenartigkeit und struktureller Ungleichstellung, gibt es jenseits vom Geschlecht wirkmächtige Dimensionen, die helfen, sowohl die Inhalte, die Didaktik als auch die Bewertungslogiken neu zu beleuchten. Diese Dimensionen müssen in ihrer Vielfalt und relationalen Bedingtheit diskutiert und in entsprechende Strukturen und vor allem soziale Praktiken transformiert werden. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Selektionslogik in unserem Schulsystem eine wirkliche Herausforderung!

Literatur:

Dannenböck, Kornelia & Meidinger, Heinz-Peter (2003): Geraten Jungen in unserem Bildungssystem immer mehr ins Abseits? In: Das Magazin für Gymnasium und Gesellschaft, 3, S. 8-14.

Bildung

Gender@Wiki - ein Fachwiki für die deutschsprachige Frauen- und Geschlechterforschung

16.03.2007, Tanja Carstensen und Melanie Groß

Am 09.02.2007 ging das Gender@Wiki unter www.genderwiki.de online. Mit diesem Projekt, das aus einem studentischen Projektstudium heraus entwickelt wurde, entsteht ein Informations- und Vernetzungsangebot für die Frauen- und Geschlechterforschung, mit dem sich aus feministischer und wissenschaftspolitischer Sicht sowie für die Internetforschung und -gestaltung verschiedene interessante Chancen, Herausforderungen und Fragen ergeben.

Am 09.02.2007 ging das Gender@Wiki unter www.genderwiki.de offiziell online. Das Wiki soll für die Frauen- und Geschlechterforschung ein "kollaboratives Informations- und Vernetzungsangebot" sein. Studierende und Lehrende sind eingeladen, das Gender@Wiki aktiv mitzugestalten. Es soll als "ein virtueller Diskussionsraum bzw. als Onlineplattform eines Kommunikationsnetzwerkes genutzt werden, in dem der Austausch von Fachinformationen unter Berücksichtigung der für die Geschlechterforschung zentralen Kennzeichen (Kategorie Geschlecht, Inter- bzw. Transdisziplinarität, Wissenschaftskritik, Wissenstransfer in die Praxis) möglich ist" ([Gender@Wiki](#)). Dieses ambitionierte Projekt entstand im Rahmen eines studentischen Projektstudiums an der Humboldt-Universität zu Berlin. Die beteiligten Studierenden aus Fächern wie Bibliothekswissenschaften und Gender Studies haben mittlerweile den Verein "Gender@Wiki - Gesellschaft zur Förderung von frei zugänglichem Fachwissen der Frauen- und Geschlechterstudien e.V." ([Bild der Gruendungsgruppe](#)) gegründet. Seit der Eröffnung steigt die Zahl der Artikel kontinuierlich. Dabei finden sich dort nicht nur Artikel zu Begriffen und Themen, sondern auch zu AkteurInnen und Institutionen der Frauen- und Geschlechterforschung wie Forschungseinrichtungen, Bibliotheken, Stiftungen und Arbeitskreise.

Ähnlich wie bei der populären Online-Enzyklopädie Wikipedia liegt die Idee dieses Projekts darin, dass Interessierte schnell Informationen und Entwicklungen in das Wiki einarbeiten und ändern können. Das Gender@Wiki bietet Studierenden und Lehrenden gleichzeitig eine Möglichkeit, ihre Schwerpunkte und Thesen an einem zentralen Ort abzubilden. Recherchierende haben dadurch die Möglichkeit, sich einfach einen Überblick zu verschaffen, welche Personen zu welchen Themen forschen. Zu jeder erstellten Seite gehört eine Diskussionsseite, so dass strittige Punkte öffentlich diskutiert werden können. Veränderungen, die an einzelnen Beiträgen vorgenommen wurden, können durch die Versionsgeschichte nachvollzogen werden. "Gemeinsames Arbeiten an einem Text führt zur Verwischung der Grenzen zwischen passivem Lesen und aktivem Erstellen und somit zu einem neuen Verständnis von Texten", so die Projektgruppe ([Gender@Wiki: Portal](#)). Die Texte werden als kontinuierlich im Wandel und als unfertig und veränderbar begriffen. Damit wird anerkannt, dass Wissen nichts Objektives, sondern Ergebnis umkämpfter Positionen und verhandelbar ist. Das Gender@Wiki stellt sich dadurch in die Tradition feministischer Erkenntniskritik.

Das Gender@Wiki ist aus unserer Sicht ein spannendes und unterstützenswertes Projekt, da es verschiedene Chancen beinhaltet und interessante Fragen aufwirft. Zum Beispiel stellt es die zurzeit in der Wissenschaft übliche Publikationspraxis in Frage. Der wissenschaftliche Alltag ist geprägt von der Notwendigkeit langer Publikationslisten, von Zeitknappheit und der

Abgrenzung der eigenen Themen von denen anderer. Texte zu schreiben und bereitzustellen, die andere verändern können, passt nicht wirklich in diese Logik. Spannend wird also sein zu beobachten, mit wie viel Engagement sich Studierende und Lehrende an der Mitgestaltung des Gender@Wiki beteiligen.

Interessant ist auch die Frage, inwiefern mit dem Gender@Wiki ein Raum entsteht, in dem es gelingt, Hierarchien des Wissenschaftssystems außer Kraft zu setzen. Es wird sich zeigen, ob es denkbar und möglich wird, dass Studierende Artikel von Lehrenden korrigieren, kritisieren und überarbeiten.

Zudem ist das Gender@Wiki ein viel versprechender Versuch der Bündelung, Strukturierung und Vernetzung frauen- und geschlechterpolitischer Informationen im Internet. Die vorfindbare Fülle an Informationen im Internet ist größtenteils unverbunden und dadurch sehr unübersichtlich. Informationen sind oft nicht leicht zu finden. Damit bleiben viele Websites lose Punkte ohne Netz. Mit dem Gender@Wiki kann es gelingen, die verstreuten Informationen und die zergliederte und vielfältige Hochschul- und Universitätslandschaft im Feld der Frauen- und Geschlechterforschung zu vernetzen, transparenter und besser findbar zu machen. Gleichzeitig kann eine erfolgreiche Vernetzung zu einer Stärkung der AkteurInnen nach außen führen, was vor dem Hintergrund der vielerorts zu beobachtenden finanziellen Kürzungen im Bereich der Frauen- und Geschlechterforschung nicht unwichtig ist.

Mit dem Gender@Wiki wird auch die Forderung nach feministischer Mitgestaltung von Technik umgesetzt. Neben vielen androzentrischen und sexistischen Inhalten entsteht damit ein Ort für frauen- und geschlechterpolitische Themen im Internet. Gleichzeitig muss darüber nachgedacht werden, inwiefern es sinnvoll ist, ein eigenes, separates Wiki für die Frauen- und Geschlechterforschung zu eröffnen oder ob es nicht genauso wichtig wäre, Mainstream-Angebote wie Wikipedia mit Inhalten der Frauen- und Geschlechterforschung zu füllen. Dass es ein solches Bedürfnis zu geben scheint, zeigt die schnelle Übertragung einzelner Artikel von Gender@Wiki nach Wikipedia, die bereits kurz nach deren Veröffentlichung erfolgte. Das Interessante am Internet ist, dass beides relativ unkompliziert gleichzeitig verwirklicht werden kann.

Dass es auf diese Fragen und Herausforderungen keine eindeutigen und klaren Antworten gibt, macht das Gender@Wiki zu einem spannenden und viel versprechenden Projekt für die Frauen- und Geschlechter- sowie auch für die Internetforschung. Bleibt zu hoffen, dass sich viele Studierende, Forschende und Lehrende an der Mitgestaltung beteiligen!

Feministische Theorien

Weiß-Sein - unmarkiertes Merkmal feministischer Theoriebildung

24.06.2007, Melanie Groß

Die Gruppe derer, die die Macht haben zu sprechen und gehört zu werden, ist zwar klein, ihre Diskurse sind durch ihre Verwurzelung innerhalb der Weißen Dominanzkultur jedoch wirkmächtig und folgenreich. Das hat auch innerhalb der hegemonialen feministischen Theorie Folgen, die sich in der Unsichtbarkeit des Weiß-Seins der Forschenden und in rassistischen Kategorisierungen und Ausschlüssen ausdrückt.

In den Studien aus dem Kontext der Critical Whiteness wird mit Bezug auf feministische postkoloniale Theorieansätze, Black Feminism und Schwarzer Feminismus die Beschränkung des forschenden Blicks durch die eigene Situierung deutlich gemacht und problematisiert. Hier wird gezeigt, dass westliche feministische Theorien vor dem Hintergrund der eigenen Weißen Hautfarbe und der Zugehörigkeit zu europäischen und US-amerikanischen Gesellschaften produziert werden, dieser Zusammenhang und seine Folgen für die Produktion von Erkenntnissen jedoch ausgeblendet wird.

Diese Problematik wird u.a. dadurch deutlich, dass Fragen nach der Kategorie Geschlecht im feministischen Mainstream vorrangig vor der Thematisierung der Kategorie race behandelt wurden und werden. Dadurch wird eine bestimmte Form des Wissens generiert, die nicht zu trennen ist von der sozialen Ordnung und der Zugehörigkeit zur Weißen Dominanzkultur. Inzwischen wird zwar versucht, race als Kategorie zumindest mit zu denken und mit weiteren Achsen der Differenz wie Klasse zu thematisieren; eine systematische Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Rassismus und Feminismus, das überhaupt erst die Perspektive eines Mit-Denkens und damit ein Außerhalb des Feminismus produziert, bleibt jedoch von Seiten Weißer Feministinnen bislang zumeist aus. Häufig wird statt der Analyse der gegenseitigen Wechselwirkungen von Kategorien wie gender und race versucht, die Diskriminierungen als additive Verknüpfungen zu analysieren. Dagmar Schultz hat jedoch bereits 1990 im Kontext der Frage, wie multiple Diskriminierungsmechanismen theoretisch gefasst werden können, darauf hingewiesen, dass eine rein additive Verbindung von Differenzkategorien ausgesprochen kontraproduktiv ist, weil sie zum einen die Zweigeschlechtlichkeit fortschreibt und zum anderen wiederum gender als Hauptdifferenz zugrunde legt. Gegen ein solches Konzept der Addition von Unterdrückung wird von Black Feminists das Konzept intersections verwendet. Dieser Begriff wurde 1989 von der Juristin Kimberlé Crenshaw geprägt. Er umfasst Verbindungen und Überschneidungen von Ungleichheit erzeugenden Kategorien wie race, Klasse, Sexualität und Geschlecht und betont die Unauflösbarkeit der gegenseitigen Verschränkungen und Wechselwirkungen solcher Kategorien. Es geht dabei also nicht darum, zusätzlich zur Diskriminierungserfahrung als Frau auch noch von Rassismus betroffen zu sein, sondern vielmehr darum, dass die Verschränkung eine andere und spezifische Form der Unterdrückung hervorbringt. So ist beispielsweise für Weiße westliche Frauen die Losung "Das Private ist politisch" eine zentrale Figur zur Kritik der Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit gewesen. Sie hatte insbesondere für die Solidarisierung zwischen Weißen Frauen eine hohe Bedeutung, da sie zur Entlarvung und Enttabuisierung sexualisierter Gewalt beigetragen, diese vom Charakter des Einzelschicksals befreit und ihre strukturelle Verwobenheit mit patriarchalen Verhältnissen betont hat. Die daraus erwachsende Solidarität wurde jedoch von Black Feminists nicht geteilt, da sie gerade den privaten Raum als Schutzraum vor Rassismus verstehen. Insofern ist er eher ein Ort des Empowerments innerhalb der Black Community. Eine

Solidarisierung mit Weißen Frauen gegen die eigene Community wird hier abgelehnt (Collins 1996).

Trotz solcher kritischen Einwände wird in deutschsprachigen Weißen feministischen Theorie- diskursen auf die Frage nach der Verbindung von Feminismus mit Rassismus eher zögerlich geantwortet. Zudem wird Rassismus zumeist als ein dem Feminismus äußerliches Phänomen eingeordnet. Wie wenig das Verhältnis von Feminismus und rassistischem Ausschluss im deutschsprachigen Diskurs präsent ist, hat Sedef Gümen (1998) in ihrer Dekonstruktion des Einleitungsartikels für den Tagungsband Differenz und Gleichheit - Menschenrechte haben (k)ein Geschlecht (Gerhard u. a. 1990) eindrucksvoll aufgezeigt. Trotz einer vordergründigen Rhetorik, sich mit Fragen wie Interkulturalität und Rassismus auseinander setzen zu wollen, wird in dem Aufsatz deutlich gemacht, dass eine solche thematische Ausrichtung eher ein Sonderthema des Feminismus sei. Die Rede ist von der "hiesigen Frauenbewegung", die zwar "Ausländerinnenprobleme kennt", der es aber "sehr viel grundsätzlicher um eine Analyse und Erörterung der strukturellen Gründe der gesellschaftlichen und rechtlichen Diskriminierung der Frau" gegangen sei (ebd.: 10). Migrantinnen werden hier als homogene externe Gruppe behandelt, die dem "hiesigen" Feminismus nicht genuin zugehörig sind. Feminismus wird damit genauso wie die Gruppe der Migrantinnen homogenisiert, und diese werden zugleich als Subjekte des Feminismus ausgeschlossen und als die Anderen markiert. Damit bleiben sie de facto ausgeschlossen aus der feministischen Community.

Solche Ausschlüsse haben gravierende Folgen auch für wissenschaftliche Diskurse. Denn sie führen dazu, dass marginalisierte Positionen keine wissenschaftliche Repräsentation erlangen konnten und können. [Feministische postkoloniale Positionen](#) haben deshalb immer auch die Verschränkung von Wissen und Macht in der Produktion von (politischen wie theoretischen) Diskursen und deren Effekte auf Subjekte im Blick: Von welchem Standpunkt aus wird welche Politik gemacht? Was erscheint wem warum als Hauptkategorie, entlang derer Diskriminierungserfahrungen gemacht werden? Diese Frage ist jedoch je nach individueller Erfahrung und sozialer Situierung anders zu beantworten. Nicht von Rassismus, Exotisierung und Ethnisierung betroffen zu sein, bleibt auch in der Theoriebildung ein unmarkierter Standpunkt, der zugleich als ein universeller artikuliert wird. So wie Männer im wissenschaftlichen Mainstream das unmarkierte Geschlecht zu sein scheinen, scheint der hegemoniale Feminismus keine Hautfarbe zu haben. So wird nicht nur eine spezifische Erfahrung, sondern gleichzeitig die rassistische Struktur unsichtbar gemacht. Die systematische Einbeziehung und kritische Reflexion der sozialen Situierung und des Verhältnisses von Rassismus und Feminismus ist dringend notwendig, um Macht- und Herrschaftsformen verstehen und angreifen zu können.

An diesem Punkt setzen die Studien zur Kritischen Weißseinsforschung an und versuchen somit, nicht mehr in paternalistischer Mission über "die Anderen" zu reden, sondern vielmehr die längst überfällige Reflexion der eigenen Verstrickungen mit solchen Machtverhältnissen zu reflektieren, die einer solchen Sichtweise zu Grunde liegen.

Verwendete Literatur

- Collins, Patricia Hill (1996): Ist das Persönliche politisch genug? Afrikanisch-amerikanische Frauen und feministische Praxis. In: Fuchs, Brigitte; Habinger, Gabriele (Hg): Rassismen und Feminismen. Differenzen, Machtverhältnisse und Solidarität zwischen Frauen. Wien, 67-91.
- Gerhard, Ute; Jansen, Mechtild; Maihofer, Andrea; Schmid, Pia; Schulz, Irmgard (Hg) (1990): Differenz und Gleichheit. Menschenrechte haben (k)ein Geschlecht. Frankfurt am Main.

- Gümen, Sedef (1998): Das Soziale des Geschlechts. Frauenforschung und die Kategorie ‚Ethnizität‘. In: Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften: Grenzen, Jg. 40, Heft 224, 187-202.
- Schultz, Dagmar (1990): Unterschiede zwischen Frauen - ein kritischer Blick auf den Umgang mit ‚den Anderen‘ in der feministischen Forschung weißer Frauen. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis: Geteilter Feminismus: Rassismus - Antisemitismus - Fremdenhaß, Heft 27, 45-58.

Weiterführende Literatur

- Eggers, Maureen Maisha; Kilomba, Grada; Piesche, Peggy; Arndt, Susan (Hg) (2007): Mythen, Masken & Subjekte. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland. Münster.
- Tißberger, Martina; Dietze, Gabriele; Hrzán, Daniela; Husmann-Kastein, Jana (Hg) (2006): Weiß - Weißsein - Whiteness. Kritische Studien zu Gender und Rassismus. Frankfurt am Main, Berlin, Bern, Bruxelles u.a.

Feministische Theorien

Intersektionalität als Mehrebenenanalyse

01.11.2007, Nina Degele und Gabriele Winker

Das Konzept der Intersektionalität ist auf dem besten Weg, zu einem neuen Paradigma in der Geschlechterforschung zu avancieren. Intersektionalität bezeichnet die Analyse der Verwobenheit und des Zusammenwirkens verschiedener Differenzkategorien sowie unterschiedlicher Dimensionen sozialer Ungleichheit und Herrschaft. Auch wenn dabei vor allem Wechselwirkungen zwischen Ungleichheit generierenden Kategorien wie Geschlecht, Rasse und Klasse im Vordergrund stehen, sind Kategorien wie Sexualität, Nationalität oder Alter grundsätzlich integrierbar. Offen ist dagegen, auf welcher Ebene die Wechselwirkungen ansetzen: Sind gesellschaftliche Strukturen gemeint, interaktive Identitätskonstruktionen (doing difference) oder symbolische Repräsentationen? Wir plädieren in unserer intersektionalen Mehrebenenanalyse für eine theoretische und empirische Verknüpfung der Struktur-, Symbol- und Identitätsebene.

In den 1990er Jahren tauchte für die Benennung der Verwobenheit der Triade von race, class und gender in der englischsprachigen Diskussion der Begriff intersectionality (oder auch intersectional analysis) auf, den die amerikanische Juristin Kimberlé Crenshaw (1989) ins Spiel gebracht hatte. Dazu benutzte Crenshaw die Metapher einer Verkehrskreuzung, an der sich Machtwege kreuzen, überlagern und überschneiden. Die Analyse von Ungleichheits- und Unterdrückungsverhältnissen lässt sich allerdings nicht auf die isolierte Untersuchung von Kategorien wie etwa Geschlecht, Klasse oder Rasse* reduzieren. Auch lassen sich Ungleichheit generierende Faktoren nicht im Sinne einer Mehrfachunterdrückungsthese einfach addieren. Denn sie treten in verwobener Weise auf, können sich wechselseitig verstärken oder auch abschwächen. So sind schwarze Frauen in den USA und Großbritannien beispielsweise häufiger in höheren Positionen zu finden als schwarze Männer, befinden sich aber insgesamt am untersten Ende der Verdienstskala.

Warum aber gerade und nur diese drei Kategorien? Die einen fordern die Berücksichtigung von Sexualität als vierte Kategorie (Verloo 2006), andere halten mehr als drei Kategorien für nicht mehr zu bewältigen (Klinger 2003) und möchten die Intersektionalitätsanalyse auf Klasse, Rasse und Geschlecht begrenzt wissen (Knapp 2005). Leslie McCall (2001) berücksichtigt für ihre Untersuchung zu Einkommensungleichheiten neben Klasse, Rasse und Geschlecht in den USA auch noch Region, und Helma Lutz / Norbert Wenning (2001) kommen zu einer Liste von 13 Differenzkategorien, weisen aber darauf hin, dass diese Liste dennoch nicht vollständig sein kann.

Was also fehlt, ist eine Theorie der Unterscheidung: Wann sind welche Differenzkategorien relevant. Das Konzept der Intersektionalität liefert keine theoretische Begründung, warum gerade die Faktoren Rasse, Klasse und Geschlecht die zentralen Linien der Differenz markieren. Was ist mit den Kategorien Alter, Generativität, Sexualität, Religion, Nationalität oder Behinderung? Ebenso ist offen, wie eine Vielzahl von Faktoren überhaupt adäquat berücksichtigt werden kann.

Wir schlagen deshalb eine intersektionale Mehrebenenanalyse vor, die bei der Analyse sozialer Praxen sowohl unterschiedliche Differenzkategorien in ihren Wechselwirkungen berücksichtigt, als auch aus der Identitäts-, Struktur- und Symbol-Perspektive die Bedeutung der Kategorien für soziale Praxen konkretisiert (ausführlicher vgl. Degele/Winker i.E.):

Die meisten intersektionalen Studien sind bislang auf der Mikroebene angesiedelt, wo es um die Erfahrungen von Subjekten und damit verbundene Identitätskonstruktionen geht. Während sozialstrukturell orientierte Untersuchungen darauf angewiesen sind, Einzelfälle in Kategorien zusammenzufassen, um sie bewältigen zu können, sind auf der Ebene von Identitätskonstruktionen Beschreibungen möglich, die eine Vielzahl von Kategorien berücksichtigen. Gerade in Zeiten, in denen die eigene Lebensabsicherung mit vielfältigen Unsicherheiten verbunden ist - hohe Erwerbslosenquoten, prekäre Beschäftigungsverhältnisse sowie Lohnkürzungen und die Reduktion wohlfahrtsstaatlicher Ausgleichszahlungen - kommt es bei vielen Menschen zu erhöhter Verunsicherung. In dieser Situation grenzen sich Individuen mit verstärkten Rückgriffen auf traditionelle und/oder neuartigen Differenzierungskategorien von Anderen ab, um Unsicherheiten in der eigenen sozialen Positionierung zu vermindern.

Zwar kann und muss man heute von einer Flexibilisierung sozialer Ungleichheiten ausgehen, diese sind aber nach wie vor sozialstrukturell verankert. Deswegen gilt es auf der Strukturebene, Klassen-, Geschlechter-, Rassen-, aber auch Körperverhältnisse zu analysieren. Damit erweitern wir die in den Sozialwissenschaften gängige Dreierkette von Rasse, Klasse und Geschlecht um die Kategorie Körper, worunter wir die Merkmale Alter, Leistungsfähigkeit/Gesundheit und Attraktivität fassen. Diese Körpermerkmale sind in den letzten Jahrzehnten bezogen auf die Stellung der Individuen zum Arbeitsmarkt, Ressourcenverteilung sowie Verantwortlichkeiten für Reproduktionsarbeit immer bedeutsamer geworden. Gleichzeitig gibt es keine durchgängig diskriminierten Gruppen mehr, alle Strukturkategorien treten in Kombination auf und müssen zueinander in Beziehung gesetzt werden.

Schließlich ist auch noch die Ebene symbolischer Repräsentationen zu berücksichtigen. Symbole und Normen haben den Status hegemonial abgesicherter Begründungen, und diese wiederum beruhen auf naturalisierenden und/oder hierarchisierenden Bewertungen auf der Grundlage vielfältiger Differenzkategorien. Wir gehen davon aus, dass wir mit Hilfe der Strukturkategorien - Klasse, Geschlecht, Rasse, Körper - die hegemonialen Normen und Stereotype herausarbeiten können, die Individuen tagtäglich performativ hervorbringen, die zur eigenen Subjektivierung beitragen und gleichzeitig Macht- und Herrschaftsverhältnisse stützen. Diskurse und symbolische Repräsentationen wirken sowohl als Ideologien und Normen der Rechtfertigung für Ungleichheiten als auch als Sicherheitsfiktion struktur- wie auch identitätsbildend.

Diese drei genannten Ebenen sind durch soziale Praxen miteinander verbunden. Mit Bourdieus Theorie der Praxis gehen wir davon aus, dass der Ausgangspunkt und Gegenstand der Soziologie die sozialen Praxen sein sollten, die einer empirischen Untersuchung zugänglich sind. Wir nehmen soziale Praxen, d.h. Prozesse in Form von Interaktionen und Handlungen in den Blick und untersuchen die dort vorfindbaren Differenzierungskategorien vor allem in ihren Wechselwirkungen. Ausgehend vom empirischen Handeln und Sprechen von Personen fragen wir nach den Identitäten, die sie herstellen sowie Strukturen und Normen, auf die sie rekurren. Wir beginnen also mit der Perspektive der AkteurInnen. Methodisch heißt das, bei Praxen anzufangen und dann zu relationieren: Auf welche Kategorien beziehen sich die AkteurInnen bei ihren Subjektivierungsprozessen? Welche Normen, Leitbilder und Deutungsmuster sind bei ihnen (unbewusst) wirksam? In welche strukturellen Zusammenhänge ist ihr Handeln eingebettet? Mit solchen Fragen gilt es, die drei Untersuchungsebenen zueinander in Beziehung zu setzen und dabei die Wechselwirkungen verschiedener Differenzkategorien nicht aus den Augen zu verlieren.

*Im deutschsprachigen Kontext erscheint in der gender- und queertheoretischen Literatur der Begriff Rasse mit Rücksicht auf die nationalsozialistische Vergangenheit zumeist in Anführungszeichen oder alternativ findet der englische Begriff race statt Rasse Verwendung. Da jedoch in diesem Zusammenhang mit der Kategorie Rasse ihre gewaltförmige Naturalisierung und Hierarchisierung und damit Prozesse der Ausgrenzung und Unterdrückung beschrieben werden, wird hier auf die Anführungszeichen bewusst verzichtet.

Quellen

- Crenshaw, Kimberlé (1989): Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine. in: The University of Chicago Legal Forum, 139-167
- Degele, Nina; Winker, Gabriele (i.E.): Intersektionalität als Mehrebenenanalyse (kann über winker@tu-harburg.de bezogen werden)
- Degele, Nina; Winker, Gabriele (i.E.): Praxeologisch differenzieren. Ein Beitrag zur intersektionalen Gesellschaftsanalyse. In: Klinger, Cornelia; Knapp, Axeli (Hg.): Über Kreuzungen. Ungleichheit, Fremdheit, Differenz
- Klinger, Cornelia (2003): Ungleichheit in den Verhältnissen von Klasse, Rasse und Geschlecht. in: Gudrun-Axeli Knapp/ Angelika Wetterer (Hg.): Achsen der Differenz. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik II. Münster, 14-48
- Knapp, Gudrun-Axeli (2005): "Intersectionality" - ein neues Paradigma feministischer Theorie? Zur transatlantischen Reise von "Race, Class, Gender". in: Feministische Studien 23, 68-81
- Lutz, Helma/Norbert Wenning (2001): Differenzen über Differenz - Einführung in die Debatten. in: dies. (Hg.): Unterschiedlich verschieden. Differenz in der Erziehungswissenschaft. Opladen, 11-24
- McCall, Leslie (2005): The Complexity of Intersectionality. in: Signs. Journal of Women in Culture and Society 30, 1771-1800
- Verloo, Mieke (2006): Multiple Inequalities, Intersectionality and the European Union. in: European Journal of Women's Studies 13, 211-228

Feministische Theorien

Feministische postkoloniale Positionen

24.06.2007, Melanie Groß

Feministische postkoloniale Ansätze beziehen sich auf die Arbeiten des US-amerikanischen Black Feminism (u.a. Combahee River Collective 1982; hooks 1996) und verbinden diese verstärkt mit poststrukturalistischen Philosophieansätzen und marxistischen Theorien. Zentrale Gemeinsamkeit dieser verschiedenen kritischen Reflexionen ist die Problematisierung der Kategorie Frau und die Betonung der sozialen Konstruktion der Kategorie race. Beide Kategorien werden als Konstruktionen und diskursive Produktionen verstanden. Konstruktionen und diskursive Produktionen generieren jedoch nicht nur Bedeutungen, sondern sie werden als Prozesse gefasst, die mit strukturellen und identitären Effekten einhergehen.

Race - soziale Konstruktion und Herrschaftssystem

Stuart Hall (1994) verweist in dem Aufsatz-Band Rassismus und kulturelle Identität auf die soziale Konstruktion der Kategorie Schwarz. Mit Einblicken in seine Biographie erläutert er, wie er erst durch die Einreise nach England zu einem als Schwarz markierten Menschen wurde. In den 1950er Jahren migrierte er zum Studium von Jamaika nach England und wurde dort mit einer Kategorisierung konfrontiert, die in seinem vorherigen Leben in Jamaika nicht relevant war:

"Bis zu meiner Abreise hörte ich niemals, daß jemand sich selbst oder die anderen als Schwarz bezeichnet hätte, obwohl vermutlich 98 Prozent der Bevölkerung Jamaikas schwarz oder auf andere Weise farbig sind. Niemals hörte ich das Wort schwarz, dafür aber mehr als tausend andere Bezeichnungen" (ebd.: 79).

In dieser kurzen Sequenz macht Hall eindrücklich deutlich, wie heterogen und diversifiziert die soziale Realität ist, die durch die Kategorie Schwarz vereinheitlicht wird. Neben der machtvollen Hervorbringung von identitären Wirkungen hat die Konstruktion von Kategorien wie race und Schwarz auch materialisierte und verfestigte strukturelle Konsequenzen zur Folge (Frankenberg 1996). Schwarz bezeichnet also nicht etwa eine real existierende Gruppe, die erst durch die Identifikationen, die dieser Gruppe zugeschrieben werden, zu einer konstruierten und rassistischen Kategorie wird. Die diskursive Erzeugung der Kategorie und damit der Gruppe selbst ist bereits ein gewaltförmiger Akt, durch den Unterschiede unsichtbar gemacht werden und Bedeutungen produziert werden. Als Schwarz bezeichnete Menschen gibt es nur deshalb, weil sie diskursiv erzeugt wurden. Den Kategorien Schwarz und race liegen keine vordiskursiven Realitäten zugrunde. Hiermit ist nicht gemeint, dass es keine unterschiedlichen Abstufungen von Hautfarben gäbe. Entscheidend ist hingegen, dass in der Bildung der Kategorie Schwarz Homogenisierungen und Zuschreibungen greifen und dadurch "das Andere" erzeugt wird. Die Kategorie Schwarz fungiert also als politische Kategorie und ist keine unschuldige Beschreibung.

Die Artikulation der Kategorie Schwarz wurde im kolonialen und rassistischen Diskurs mit visuellen Bildern und literarischen Erzählungen (wie beispielsweise durch literarische Reiseberichte Steyerl 2002), mit naturwissenschaftlichen, medizinischen Techniken des Unterscheidens und mit ethnisierenden und exotisierenden Abwertungen und Zuschreibungen ver-

bunden. Rassismus ist also durch die Konstruktion der Kategorie race und die damit einhergehende ideologische Bedeutungszuschreibung geprägt. Die Artikulation von Schwarz war in diesem Kontext stets eine Repräsentation durch hegemoniale Positionen, die das Andere geschaffen haben. Im anglo-amerikanischen Sprachraum wird die Kategorie Black ebenso wie die Kategorie race durch einen Kampf der Selbstartikulation zurückerobert: "In diesem Kampf vollzieht sich eine Veränderung im Bewußtsein, in der Selbstwahrnehmung, ein neuer Prozeß der Identifikation, das Hervortreten eines neuen Subjekts ins Sichtbare" (Hall 1994: 80).

Ausschluss und "paternalistische Mission"

Im deutschsprachigen Diskurs gab es ebenfalls bereits in den 1980er Jahren kritische Positionen Schwarzer Feministinnen; sie gelangten jedoch nicht in den feministischen Mainstream und wurden folglich weder breit diskutiert noch hinterließen sie Spuren in den hegemonialen feministischen Konzepten. Erst die Perspektiven postkolonialer Positionen wurden verstärkt in den 1990er Jahren diskutiert und schließlich vom feministischen Mainstream aufgenommen. Der Vorsprung der USA in der Debatte um race und postkoloniale Positionen erklärt sich vor allem daraus, dass diese sich aufgrund der Erfolge der Bürgerrechtsbewegung und als klassisches Einwanderungsland zu einem früheren Zeitpunkt für postkoloniale Diskurse interessieren mussten. Dass dieser Prozess erst mit einer Verzögerung im deutschsprachigen Raum einsetzte, wird als ein Merkmal der zugrunde liegenden Problematik angesehen: dem Ausblenden der Kontinuität rassistischen und völkischen Denkens auch innerhalb emanzipatorischer Theorieansätze (siehe auch: [Critical Whiteness](#)).

Bereits im Jahre 1988 hat Chandra Talpade Mohanty deutlich herausgearbeitet, dass die Produktion der unterdrückten Frau der so genannten Dritten Welt konstitutiv ist für die Produktion der emanzipierten westlichen Feministin. Ähnlich argumentiert auch Gayatri Chakravorty Spivak (1990), die das Engagement der Feministinnen des Nordens für die Frauen des Südens als "paternalistische Mission" kritisiert. Spivak stellt eine schwesterliche Verbundenheit zwischen westlichen Feministinnen und Frauen der kolonisierten Länder in Frage und setzt sich mit der Frage nach dem Zusammenhang von Imperialismus und Feminismus auseinander. Das Sprechen im Namen ‚der Frau‘ ist in Anbetracht der verschiedenen Positionierungen nach Klasse, Religion, Nationalität oder Kultur zentraler Gegenstand der Kritik am westlichen Feminismus.

Mit Bezug auf Spivak wird in den Arbeiten postkolonialer feministischer Positionen betont, dass die Sicht auf die Welt stets im Kontext des Kolonialismus analysiert werden muss und dass dies auch für feministische Perspektiven auf die Welt gilt. Die mit dem Kolonialismus einhergehende Sicht von der Welt und damit gleichzeitig auch von der Aneignung der Welt ist stets durch hegemoniale Diskurse, Sprache und Schrift geprägt. Das bedeutet, dass Sichtweisen und Deutungsmuster der Welt nicht jenseits des Kolonialismus angesiedelt werden können, sondern dass vielmehr anerkannt werden muss, dass durch den Kolonialismus und die Produktion des ‚Westens und dem Rest‘ (Hall 1994: 137ff.) spezifische machtvolle Wissenssysteme hervorgebracht wurden.

Ziel einer postkolonialen Theorieposition ist es, einerseits eurozentristischen (bzw. US-amerikanischen, imperialistischen) und Weißen wissenschaftlichen und politischen Blicken differente Subjektivitäten und komplexe Heterogenitäten von Gesellschaften entgegenzustellen. Darüber hinaus geht es um die Rekonstruktion des ‚So-Geworden-Seins‘ von Wahrheitssystemen. Dieses Wahrheitssystem ist geprägt von Ausschluss, Homogenisierung und Alteri-

tät. Durch die Analyse des So-Geworden-Seins wird versucht, derart machtvolle Prozesse zu durchbrechen.

Diese Verbindung von Erkenntniskritik mit Gesellschaftskritik, die in der feministischen postkolonialen Theorie vorgelegt wird, ist eine dringend notwendige Erweiterung feministischer Theorien. Sie kann auch als eine konsequente Weiterführung feministischer Wissenschaftskritik verstanden werden, die wie Sand im Getriebe feministische Positionen mit ihren eigenen Ausschlüssen und ihrer Beteiligung an der Stabilisierung der Dominanzkultur konfrontiert. Insofern ist es notwendig, dass die Kritik postkolonialer Ansätze systematisch in feministische Theoriepositionen einfließt, um rassistische Kontinuitäten zu durchbrechen.

Weiterführende Literatur

- Collins, Patricia Hill (1996): Ist das Persönliche politisch genug? Afrikanisch-amerikanische Frauen und feministische Praxis. In: Fuchs, Brigitte; Habinger, Gabriele (Hg): Rassismen und Feminismen. Differenzen, Machtverhältnisse und Solidarität zwischen Frauen. Wien, 67-91.
- Combahee River Collective (1982): A Black Feminist Statement. In: Hull, Gloria T.; Scott, Patricia Bell; Smith, Barbara (eds): But Some of Us Are Brave. Black Women's Studies. Old Westbury, 13-22.
- Frankenberg, Ruth (1996): Weiße Frauen, Feminismus und die Herausforderung des Antirassismus. In: Fuchs, Brigitte; Habinger, Gabriele (Hg): Rassismen und Feminismen. Differenzen, Machtverhältnisse und Solidarität zwischen Frauen. Wien, 51-66.
- Hall, Stuart (1994): Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften II. Hamburg.
- hooks, bell (1996): Sehnsucht und Widerstand. Kultur, Ethnie, Geschlecht. Berlin.
- Mohanty, Chandra Talpade (1988): Aus westlicher Sicht: feministische Theorie und koloniale Diskurse. In: beiträge zur feministischen theorie und praxis: Modernisierung der Ungleichheit - weltweit, Heft 23, 149-162.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (1990): The Post-Colonial Critic. Interviews, Strategies, Dialogues (Edited by Sarah Harasym). New York, London.
- Steyerl, Hito (2002): Reise und Rasse. Tourismus als Motor globaler Klassenbildung. In: Backes, Martina; Goethe, Tina; Günther, Stefan; Magg, Rosaly (Hg): Im Handgepäck Rassismus. Beiträge zu Tourismus und Kultur. Freiburg im Breisgau, 29-42.

Feministische Theorien

Queer Theory

24.06.2007, Melanie Groß

Mit der Queer Theory hat die feministische Kritik an Heteronormativität seit den 1990er Jahren einen Namen erhalten. Ein zentrales Merkmal dieser Forschungsrichtung ist es aufzuzeigen, wie feministische Theorien selbst dazu beitragen, die Forschungsgegenstände zu schaffen, die sie vermeintlich nur untersuchen. Dabei werden vor allem Zweigeschlechtlichkeit und Heterosexualität als das scheinbar Normale produziert und andere Existenzweisen als 'das Andere' ausgegrenzt.

Politischer und theoretischer Anfang einer Bewegung, die als Queer bezeichnet wird, liegt in den USA der 1990er Jahre. Drei zentrale Gründe für diese Neu- und Reformulierung insbesondere homosexueller Politiken sind die Institutionalisierung und Kommerzialisierung homosexueller und feministischer Bewegungen, das Erstarken der Neuen Rechten und die Auswirkungen der Aids-Epidemie (Woltersdorff 2003). Mit der Institutionalisierung und Kommerzialisierung ging auch eine verstärkte Form der vereinheitlichenden Identitätspolitik einher, durch die versucht wurde, Schwule und Lesben als ethnische Minderheit zu konstruieren, die eigene Ansprüche auf Bürgerrechte artikulierten. Dabei wurden innerhalb der LesbischSchwulen Bewegung Vorstellung von lesbischschwulem Lebensweisen geschaffen, die als Norm fungieren und nicht unumstritten geblieben sind. Als 'sex wars' werden die Auseinandersetzungen innerhalb der lesbisch-feministischen Szene bezeichnet, die sich um Themen wie Bisexualität, Promiskuität, SM und Pornografie drehten und dazu führten, dass viele sich nicht mehr eindeutig der Community zugehörig fühlten (ebd.). Queere Politik versucht in Folge dessen nun einerseits randständige und dissidente Positionen innerhalb der Lesbian and Gay Community sichtbar zu machen, sich gegen die kommerzielle Verwertbarkeit der eigenen Lebensstile zu wehren und die offizielle schwul-lesbische Identitätspolitik aufzudecken und anzugreifen. Andererseits setzt sie das Projekt der Lesbian and Gay Community weiter fort, Heterosexualität als Normalitätsregime zu kritisieren. Diese doppelte Geste der queeren Strategie zeichnet sich also durch kritische Selbstreflexivität und produktive Weiterführung zugleich aus. Mit Queer wird es nun möglich, neue und andere Bündnisse einzugehen und zugleich die eigene Differenz zu betonen. Darüber hinaus werden verstärkt Bewegungen in den Blick genommen, die sich gegen die Grenzen des als Normal markierten zur Wehr setzen. Vor allem die Transgender, Transsexuellen und Intersexuellen Bewegungen weisen darauf hin, dass auch lesbisch schwule Politik Zweigeschlechtlichkeit reproduziert. In diesen Bewegungen wird nicht nur die normative Heterosexualität angegriffen sondern darüber deutlich gemacht, wie gewaltförmig die Norm der Zweigeschlechtlichkeit ist.

Was heißt "Queer"?

Queer war lange Zeit eine abwertende Bezeichnung für Lesben und Schwule. Übersetzt bedeutet der Begriff 'seltsam, sonderbar, schwul, Falschgeld'. Mit der Selbstbezeichnung queer wurde dieser Begriff zurückerobert und zu einer Strategie der Verstörung und Irritation derjenigen, die diese zuvor abwertende Bezeichnungen einsetzten. Die Selbstbezeichnung entzieht den Diffamierenden die Macht über die Repräsentation von Schwulen und Lesben. Die erfahrene Verletzung bleibt dadurch sichtbar. Darüber hinaus war und ist die neue Bezeichnungspraxis eine Abgrenzung von Begriffen wie Homosexualität und Gay. 'Homosexualität' ist stark in sexualwissenschaftlichen Diskursen des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahr-

hunderts verwurzelt und zitiert ein medizinisch biologistisches Bild von der oder dem Homosexuellen, das in den 1960er Jahren, als Gay (schwul/lesbisch) sich zunehmend durchsetzte, politisch verworfen wurde. Zwar war die Annahme, es gebe eine biologisch begründete Homosexualität, ursprünglich zu Anfang des 20. Jahrhunderts auch als politischer Versuch unternommen worden, Homosexualität theoretisch als etwas zu fassen, wofür niemand etwas 'kann'. Jedoch wurde sich in den späten 1960ern immer mehr diesem Begriff verabschiedet. Diese Ablehnung beruht darauf, dass mit der Verwendung einer Bezeichnung auch ein ganz bestimmter Bedeutungshorizont zitiert wird und dieser zunehmend verschoben wurde:

"[D]er Weg von 'homosexuell' über 'schwul' oder 'lesbisch' zu 'queer' (stellt) genau die Begriffe und Identifikationskategorien dar, mit denen gleichgeschlechtliches Begehren in der Regel gefaßt wurde" (Jagose 2001: 97).

Jedoch meint er eben nicht das immer gleiche. In der Verschiebung der Bezeichnungen vollzieht sich auch eine Verschiebung dessen, was bezeichnet wird. Teresa de Lauretis formulierte 1991 als erste queer als Begriff für eine kritische theoretische Auseinandersetzung mit nicht normgerechten Sexualitäten.

Queer Theory - theoretische Positionen

Queer Theory bildete sich also zum einen aus politischen Kämpfen und zum anderen aus einer kritischen (Selbst-)Reflexion feministischer Theorien mit Methoden poststrukturalistischer Theorieansätze. Feministische Theorien hatten die Thematisierung von Begehrensformen und sexuellen Existenzweisen vernachlässigt - die Anerkennung der Differenzen innerhalb der Gruppe der Frauen wird nun u.a. durch queere Positionen eingefordert.

Zentrale Elemente der Queer Theory sind die Betonung der Differenzen zwischen Frauen und die Problematisierung normativer Heterosexualität. Judith Butler, die prominenteste Vertreterin queerer Theoriebildung, setzt sich 1991 in ihrem Werk *Das Unbehagen der Geschlechter* mit der Frage nach dem So-Geworden-Sein von gender auseinander. Ähnlich wie in [postkolonialen Theorien](#) die Hervorbringung einer sozialen Gruppe durch die Bezeichnung 'Schwarz' betont wird, fasst Butler 'gender' als Kategorie, deren Verwendungsweise erst das erzeugt, was sie scheinbar nur beschreibt. So geht Butler davon aus, dass diskursive Prozesse Geschlecht überhaupt erst als relevante Unterscheidungskategorie hervorbringen und dadurch 'Geschlecht' erzeugen statt nur zu beschreiben. An dieser Produktion von Geschlecht sind auch - so ihre Kritik - feministische Theorien beteiligt, in dem sie Menschen in nur zwei Gruppen von Männern und Frauen einteilen und deren Unterschiede zum Gegenstand ihrer Analysen machen. Dadurch wird das System der Zweigeschlechtlichkeit permanent erzeugt und hervorgebracht und gleichzeitig festgeschrieben und materialisiert. Zweigeschlechtlichkeit wird im Kontext queerer Theorieansätze als gewaltförmiger Prozess verstanden, der ‚Anderere‘ als konstitutives Außen, also als notwendige Bedingung für die Herstellung eigener innerer Einheit produziert: Homosexualität wird zum Anderen der Heterosexualität, zur Abgrenzungsfolie und zur Vergewisserung der eigenen Normalität und Natürlichkeit.

Feministische Theorien müssen sich der Herausforderung stellen, ihre eigenen Wissensproduktionen kritisch zu reflektieren und dafür auch die Positionen queerer Theoretiker_innen systematisch einbinden. So müssen feministische Positionen sich stets die Frage gefallen lassen, ob und auf welche Weise sie (wenn auch ungewollt) das System heterosexueller Zweigeschlechtlichkeit mit produzieren.

Weiterführende Literatur

- Butler, Judith (1991): Das Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt am Main.
- Jagose, Annemarie (2001): Queer theory - Eine Einführung. Berlin.
- LaRetis, Teresa de (1991): Queer Theory: Lesbian and Gay Sexualities. An Introduction. In: differences: A Journal of Feminist Cultural Studies: Queer Theory. Lesbian and Gay Sexualities, Vol. 3, No. 2, iii-xviii.
- [Woltersdorff, Volker \(2003\): Queer Theory und Queer Politics. In: UTOPIE kreativ, Heft 156, 914-923.](#)

Interventionen

Die Hürden der Organisierung - Workshop zu kollektiven Handlungsmöglichkeiten migrantischer Hausarbeiterinnen

04.12.2007, Iris Nowak

Bezahlte Hausarbeit, sei es Putzen, Pflegearbeit oder Kinderhüten, ist für Frauen, die in der Migration leben, einer der wichtigsten Arbeitsmärkte. Ihre prekäre Lebens- und Arbeitssituation wird zunehmend Thema in manchen Massenmedien und wissenschaftlichen Kontexten. Auffallend ist dabei, dass kaum über kollektive Handlungsmöglichkeiten berichtet wird, mit denen die Frauen für ihre Rechte kämpfen (können). Der Workshop "Organisierung zwischen Autonomie und Pflegenotstand", der im September 2007 in Hamburg stattfand, wollte diese Leerstelle füllen. Das überraschend große Interesse an dem Workshop - etwa 60 Personen nahmen daran teil - lässt darauf schließen, dass an solchen Diskussionen über Organisierung, die Fragen nach Migration und Geschlecht als Ausgangspunkt nehmen, ein großer Bedarf besteht.

Der Workshop (organisiert vom Institut für soziale Infrastruktur, Preclab und dem Projekt Prekarisierung und kollektive Organisierung) eröffnete zunächst Raum für Diskussion über Ansätze der Selbstorganisierung von Migrantinnen. Diese verdeutlichte, dass die Frage nach den spezifischen Organisierungsmöglichkeiten als Hausarbeiterinnen zwar notwendig ist, aber zugleich auch Gefahr läuft, den Blick zu verengen. Die Fokussierung auf die Arbeitsbedingungen in diesem Bereich macht insofern Sinn, als Tätigkeiten in diesem Bereich aufgrund der hiesigen aufenthalts- und arbeitspolitischen Regulierungen für viele Frauen die einzige Möglichkeit zur Existenzsicherung darstellen. Ob Widerstandsmöglichkeiten gegen Lohnraub, sexuelle und/oder psychische Übergriffe durch die Arbeitgeber gefunden werden können, kann für ihre Lebensqualität insofern existenzielle Bedeutung haben.

Zugleich stellt die Frage nach den Arbeitsbedingungen in Privathaushalten oft nur eine Facette der Selbstorganisierung von Migrantinnen dar. An einer Organisierung vor allem als Hausarbeiterinnen bestünde, so erläuterte Luzenir Caixeta von dem Linzer Projekt Maiz (www.maiz.at), auf Seiten der Frauen aus zweierlei Gründen wenig Interesse: Zum einen stände oft die Unsicherheit und die Angst, die einem illegalisierten Aufenthaltsstatus entspringt, im Mittelpunkt des Alltags der Frauen. Zum anderen pendeln diese meist zwischen verschiedenen Tätigkeitsbereichen hin und her. Zwar seien diese alle im Bereich der Sorge um individuell-körperlich-sinnliche Bedürfnisse angesiedelt, darin aber gebe es im Alltag der Frauen einen fließenden Wechsel zwischen Sexarbeit, Reinigungs- und Pflegetätigkeit und der Gastronomie bzw. Unterhaltungsindustrie. Marylou Hardillo-Werning von Babaylan e.V., dem europaweiten Netzwerk philippinischer Migrantinnen (<http://www.babaylan-europe.org>), wies darauf hin, dass viele philippinische Frauen als Heiratsmigrantinnen nach Europa gekommen sind. Zwar gehe es in dieser Heiratsmigration auch oft um den Tausch von Sorge- und Sexarbeit gegen ökonomische und/oder rechtliche Sicherheit. Allerdings werde die juristische und soziale Situation, innerhalb der die Frauen leben, von ihrem Status als Ehefrauen bestimmt.

Über rassistische und geschlechtsspezifische Zuschreibungen wird an die Frauen unabhängig von ihren tatsächlichen Neigungen und Ausbildungsstand - viele von ihnen haben eine akademische Ausbildung - die Zuständigkeit für diesen Bereich der Sorge delegiert, der sowohl in ihren Herkunfts- als auch in den Zielländern gesellschaftlich gering bewertet wird und als

Ausdruck natürlicher Fähigkeiten gilt. Die Übernahme bezahlter Hausarbeit erfüllt zwar ökonomisch ihre Funktion. Die Tätigkeit selbst lädt aber wenig dazu ein, von ihr ausgehend kraftvolle politische Identitäten und Ausdrucksformen zu entwickeln. Zugleich stellen die (z.T. intimen) Begegnungen mit den ArbeitgeberInnen in deren Privatbereich eine spezifische Bedingung dar; hier muss die individuelle Handlungsfähigkeit der Frauen erweitert werden, sofern man sich individuelle Selbstbehauptung und -ermächtigung als wichtiges Moment jeder Form kollektiver Organisierung denkt.

Vermutlich stellt diese Zuschreibung natürlicher Eigenschaften als Frau und Migrantin und die Verknüpfung aus Lohnverhältnis und persönlich-körperlicher Begegnung zwischen Arbeiterin und Arbeitgeber eine der Hürden für Gewerkschaften wie auch für andere mögliche Formen institutioneller Unterstützung dar, wenn es darum geht, die Anliegen der Hausarbeiterinnen als politische Anliegen zu artikulieren. Offenbar gilt dies auch für die Frauen selbst. Mehrere Referentinnen berichteten, dass Migrantinnen dort, wo ihnen die Möglichkeit zur Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft gegeben wird, aufgrund dieser Mitgliedschaft oft ein stärkeres Bewusstsein als Arbeitende, die auf bestimmte Rechte bestehen können, entwickeln.

Marylou Hardillo-Werning beschrieb, dass wichtige Orte, an denen Babaylan e.V. Kontakt zu neuen Frauen herstellt, Workshops zu Themen wie Sexualität oder Möglichkeiten des Umgangs mit alltäglichem Rassismus sind. Von anderen Gruppen wurden Formen des Theaterspielens nach Augusto Boal und weitere Formen der Kulturproduktion als wichtige Formen der Selbstorganisation und des Widerstands beschrieben. Diese kulturellen Praxen stellen einen Prozess der kollektiven Auseinandersetzung über die eigenen Denk-, Fühl- und Handlungsweisen dar. Indem sie an die Öffentlichkeit getragen werden, greifen sie zugleich von einem selbstbestimmten Standpunkt in gesellschaftliche Diskurse ein, in denen die Frauen wahlweise als "putzende Perle" oder als bemitleidenswerte Opfer krimineller Machenschaften auftauchen.

Fe Jusay, die zugleich als Vertreterin der Womens Programme of the Commission for Filipino Migrant Workers (CFMW) in den Niederlanden und als Vertreterin der europäischen Initiative Respect Europe am Workshop teilnahm, beschrieb die hohe Bedeutung von Trainings, in denen Migrantinnen lernen, sich gegenseitig im Umgang mit Arbeitgebern zu unterstützen und gemeinsam gesellschaftlich zu artikulieren. Die Anfänge entsprechender Praxen liegen im Falle der niederländischen Netzwerke ebenso wie bei Maiz und Babaylan in den 1990er Jahren. Entsprechende Praxen knüpfen an autonome Selbstorganisation und individuelle Widerstandsformen der Frauen an, die Hausarbeiterinnen auch unabhängig von institutioneller Unterstützung entwickeln (müssen), um ihr Überleben zu sichern. Angebote, die die Migrantinnen durch individuelle Beratung unterstützen, und solche Ansätze, die die Entwicklung kollektiver Handlungsmöglichkeiten verfolgen, stehen in der konkreten Arbeit von und für Migrantinnen oft in einem Spannungsverhältnis, obschon beide notwendiges Moment einer solidarischen Unterstützung sind.

Im Falle des niederländischen Netzwerkes kann entsprechendes Training nun auch mit gewerkschaftlicher Unterstützung angeboten werden: Seit Juni 2006 können migrantische Hausarbeiterinnen in der Abvakabo FNV (Federatie Nederlandse Vakorganisaties) unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus Mitglied werden, was bereits 200 Frauen getan haben. Jusay bezeichnete dies als wichtigen Durchbruch, wobei sie zugleich darauf hinwies, dass erst der regelmäßige Dialog zwischen der Gewerkschaft und ihren neuen Mitgliedern zeigen wird, was hieraus konkret folgen wird. Neben der Überzeugungsarbeit in und mit Gewerkschaften sieht Respect Europe eine wichtige Strategie in den Begleitprozessen, die sich um das CEDAW-

Übereinkommen (Convention for the Elimination of all forms of Discrimination against Women) der Vereinten Nationen herum organisieren.

In dem Teil des Workshops, der sich einer allgemeineren Politik um Sorgearbeit widmete, stand das Ringen um (finanziell, arbeits- und aufenthaltsrechtlich) existenzsichernde Arbeitsplätze als zentrale realpolitische Perspektive im Raum. Allerdings wurde von Barbara Thiesen (Deutsches Jugendinstitut, München) zugleich vorgeführt, dass alle staatlichen Versuche der letzten Jahre, den Bereich der bezahlten Hausarbeit zu regulieren, weitgehend gescheitert sind, da es sowohl auf ArbeitgeberInnenseite als auch bei den Arbeitenden das Interesse gibt, diese Arbeit weiter informell zu regeln.

Problematisch war, dass in den Diskussionen des Workshops relativ wenig benannt wurde, dass eine Politik zur existenzsichernden Regulierung der Hausarbeit auf relativ enge Grenzen stoßen wird, solange sie innerhalb gesellschaftlicher Verhältnisse verwirklicht wird, in denen jegliche menschliche Regung ökonomisiert werden soll. Entgrenzte Zugriffe der Unternehmen auf die Arbeitskraft ihrer Angestellten treffen zunehmend sowohl Männer als auch Frauen; zugleich werden sozialstaatliche Einrichtungen und Leistungen abgebaut. Wo auch die Sorgearbeit durch entsprechende staatliche Regulierung marktförmig gestaltet wird, stellt der Rückgriff auf die Arbeitskraft anderer, die deutlich schlechter bezahlt sein muss als die eigene, nicht bloß ein Privileg, sondern fast schon eine ökonomische Notwendigkeit dar. Die prekarierten Arbeits- und Lebensverhältnisse von Migrantinnen im Bereich privater Haushalte sind insofern eine Voraussetzung für ein erfolgreiches und selbstbestimmtes Handeln ihrer ArbeitgeberInnen innerhalb der - in anderer Weise - prekarierten Verhältnisse, in denen letztere leben. Die Frage ist, ob sich hieraus realpolitische Bündnisse schmieden lassen, die der neoliberalen Logik und zugleich der patriarchalen Abwertung von Sorgetätigkeit Einhalt bieten. Dies würde einerseits die Erneuerung feministischer Strategien, andererseits die verstärkte Berücksichtigung bereits existierender feministischer Kritik in gewerkschaftlicher Arbeit voraussetzen.

Weiterführende Informationen

Texte und ein längerer Bericht zum Workshop finden sich demnächst unter www.rosalux.de/Themen/Geschlechterpolitiken

Interventionen

Populäre Lesarten des Feminismus als Chance für gesellschaftskritische Debatten nutzen!

11.10.2007, Gabriele Winker

Ist der Feminismus tot oder neu und anders lebendig? Diese Frage wird in den bundesrepublikanischen Massenmedien derzeit wieder verstärkt diskutiert. In die mediale Aufmerksamkeit kehren Feminismen zurück, die im neoliberalen Gewande nach dem Motto - jede ist ihres Glückes Schmiedin - die individuellen Leistungen und Karriere-möglichkeiten von Frauen als Unternehmerinnen ihrer selbst betonen oder im differenz-feministischen Gegenmodell auf die Fürsorgeverantwortung und -wünsche von Frauen verweisen. Ich sehe in diesen oft ärgerlichen und unfruchtbaren Debatten - beispielsweise in den Auseinandersetzungen mit Eva Herrmann, aber auch der F-Klasse von Thea Dorn - durchaus eine positive Herausforderung für ein verstärktes gesellschaftskritisches Engagement aus marxistisch-feministischen und queer-feministischen Perspektiven.

Bevor allerdings feministische Positionen neu bestimmt werden können, gilt es die Schwierigkeiten zu analysieren, in die feministische Politik in der BRD in den letzten zumindest 20 Jahren geraten ist. Vor allem gleichstellungspolitisch ausgerichtete liberalfeministische Ideen wurden wirtschaftspolitisch instrumentalisiert. Wie dies funktioniert, haben Boltanski/Chiapello (2003) an einem anderen Beispiel, nämlich der von ihnen so genannten Künstlerkritik der 1968er-Generation verdeutlicht. Das von Teilen dieser politischen Bewegung gesellschaftskritisch verstandene Ziel nach entfremdungsfreier Arbeit eignete sich gut für eine ideologische Rechtfertigung der neoliberalen Neuausrichtung. Die zunehmenden Anforderungen an Erwerbstätige, im Beruf eigenverantwortlich hoch effizient tätig zu sein, sich lebenslang zu bilden und ein an die Erwerbsarbeit flexibel angepasstes Leben zu führen, können als Befreiung von tayloristischen Entmündigungen und diskriminierenden Hierarchien verstanden werden. Die Künstlerkritik läuft seither ins Leere, soweit sie nicht mit einer grundlegenden Sozialkritik verbunden wird, die strukturelle Ungerechtigkeiten im Visier hat.

Nicht anders freilich ist es den feministischen Forderungen nach beruflichen Gleichstellungen zwischen den Geschlechtern ergangen, entsprechen doch auch sie den kapitalistischen Wertungsanforderungen in neoliberalen Zeiten. Jeder und jede soll - unabhängig vom Geschlecht - eigenverantwortlich und ökonomisch selbstständig sein oder ihr Leben gestalten und für die eigene Reproduktion wie die der Kinder und pflegebedürftiger Verwandter Verantwortung übernehmen. So wird schrittweise, aber durchaus zügig - mit ideologischer Unterstützung feministischer Gleichstellungsansprüche - das Familienernährermodell abgebaut, da der dafür erforderliche Familienlohn für den Haupternährer sich im Sinne der kapitalistischen Akkumulationslogik als sehr teuer darstellt. Die Frage, wer dann die Betreuungsarbeit für Kinder und pflegebedürftige Menschen übernimmt, ist damit allerdings weiter umstritten. Familienpolitik wird unter Führung von Ursula von Leyen zur Wirtschaftspolitik. Staatliche Betreuungseinrichtungen erhalten nur unter Work-Life-Balance Gesichtspunkten ihre Berechtigung, also dort, wo ansonsten die Erwerbstätigkeit von Frauen in Gefahr ist. Primär für Personen mit hoher Fürsorgeverantwortung für Andere führt diese Politik zu unterschiedlichsten

Problemlagen. Je nach finanziellen Ressourcen werden Fürsorgearbeiten im eigenen Haushalt oft über illegalisierte MigrantInnen ökonomisiert oder es kommt vor allem bei erwerbstätigen Frauen zu massiven Doppelbelastungen. In Bedarfsgemeinschaften lebende Personen leiden gleichzeitig unabhängig vom Geschlecht und ihren Fürsorgeverpflichtungen unter dem Zwang, jede nur denkbare Erwerbstätigkeit aufnehmen zu müssen (vgl. Winker 2007).

Auch wenn klar ist, dass die Lösung dieser Probleme nicht im Zurück zum Familienernährermodell liegen kann, bleibt die Frage, wo in diesen Zeiten die herrschaftskritische Stoßrichtung von feministischen Aktivitäten zu suchen ist. Ich sehe derzeit zwei vordringliche feministische Herausforderungen, die es in vielfältigen Öffentlichkeiten zu debattieren gilt. Feministische Politik sollte sich auf der Strukturebene aus marxistisch-feministischen Perspektiven mit der Gestaltung von Reproduktionsarbeit und auf der Identitätsebene aus queer-feministischen Perspektiven mit dem Ausschluss der jeweils Anderen auseinandersetzen

Zur Politisierung der Reproduktionsarbeit: Feministische Einsprüche müssen sich auf der sozio-ökonomischen Ebene verstärkt auf die ungerechte Verteilung von Reproduktionsarbeit und Fürsorgeverantwortung beziehen. Dies ist ein Themenbereich, der auch heute noch bei gesellschaftskritischen Positionen außerhalb des Feminismus eine viel zu geringe Berücksichtigung findet. Schon Marx hat deutlich gemacht, dass der Wert der Ware Arbeitskraft, der im Lohn ausgezahlt wird, im Durchschnitt aus den Kosten für die Reproduktion der eigenen Arbeitskraft und die ihrer Kinder besteht. Die günstige Variante, um diesen Lohn zu drücken, besteht darin, dass Reproduktionsarbeiten von Erwerbstätigen zusätzlich zur Berufsarbeit getätigt werden. Damit entfallen teure Ernährerlöhne und Kosten für staatliche Transferzahlungen. So ist es auch nicht verwunderlich, dass derzeit rund um die früher vernachlässigte Familienpolitik große gesellschafts- und wirtschaftspolitische Debatten stattfinden. Hier haben sich aus meiner Sicht FeministInnen einzumischen. Dabei geht es nicht darum, rückwärtsgerwand für den alten Wohlfahrtsstaat zu plädieren, der noch immer durchwoben von der androzentrischen Orientierung am Familienernährer ist. Stattdessen gilt es sich um vielfältige Formen staatlich oder genossenschaftlich organisierter kostenloser Betreuungseinrichtungen für Kinder sowie für pflegebedürftige Menschen einzusetzen sowie für ein allen Menschen gleichermaßen zugängliches Bildungs- und Gesundheitswesen. Ferner muss wieder verstärkt auf radikale Arbeitszeitverkürzungen fokussiert werden - verbunden mit Mindestlöhnen und einem bedingungslosen, die Existenz sichernden Grundeinkommen. Dies sind alles Ziele, die auch für Menschen mit hoher Fürsorgeverantwortung soziale Teilhabe ermöglichen.

Zur öffentlicher Infragestellung vielfältiger Abgrenzungen: Gleichzeitig gilt es in neoliberalen Zeiten, in denen alle primär damit beschäftigt sind, für sich selbst eigenständig einen lebenswerten Weg zu finden, der weiteren Individualisierung zu begegnen, die mit der Ausgrenzung Anderer einher geht. Dort gilt es noch viel konsequenter von Queer Theory und Queer Politics zu lernen (vgl. Wehr 2007). Auch wenn wir zu eigenen Subjektwerdung gezwungen sind, uns von Anderen abzugrenzen, sind Menschen in der Lage darüber zu reflektieren und die Grenzbeziehungen zwischen Eltern und Personen ohne Kinder, zwischen heterosexuell und homosexuell orientierten Personen, zwischen Menschen ohne Migrationshintergrund und MigrantInnen immer wieder neu infrage zu stellen. Dazu sind neue Formen der Einübung in solidarisches Handeln von enormer Bedeutung. Differenzierungskategorien dienen der Aufrechterhaltung menschenunwürdiger Herrschaftsverhältnisse, stellen aber gleichzeitig auch tagtägliche Angriffe gegen die Würde anderer Menschen dar.

Zusammenfassend: Gefragt sind leidenschaftliche Analysen im Erkennen der Zusammenhänge von Unterdrückung und Diskriminierung im Produktions- wie im Reproduktionsbereich in ihrer Verwobenheit entlang unterschiedlicher Kategorien wie Klasse, Geschlecht, Rasse und

auch Körper (vgl. Intersektionalitätsansatz) sowie politischer Widerstand gegen die Ausgrenzung und Marginalisierung bestimmter Personengruppen. Die feministischen Analysen können sich dabei mit den Erkenntnissen vieler anderer sozialen Bewegungen inhaltlich treffen. Die feministische Aufgabe besteht dabei einerseits bei der Verwobenheit verschiedener Differenzierungskategorien immer wieder auf Geschlechterkonstruktionen - verstanden als Ordnung der Zweigeschlechtlichkeit und der Heteronormativität - hinzuweisen. Gleichzeitig gilt es der Verschleierung vielfältiger Reproduktionsarbeiten im so genannten Privaten entgegenzuwirken. Damit werden Gewalt und Unterdrückung innerhalb familiärer Konstruktionen deutlich, gleichzeitig wird aber auch aufgezeigt, dass das kapitalistische Gesamtsystem auf dem Rücken derer funktioniert, die zusätzlich zur Aufgabe und Pflicht sich selbst zu ernähren vielfältige Erziehungs- und Pflegearbeiten übernehmen. Aus diesen Perspektiven entsteht eine nicht nur nationale, sondern auch globale Gesellschaftskritik, die sich im ganz umfassenden Sinne gegen bestehende Herrschaftsstrukturen ebenso wendet wie gegen die verkürzte gleichstellungspolitische Forderung nach Teilhabe am System.

Damit ist der Feminismus alles andere als tot, sondern knüpft an alte Traditionen an, in denen kritische Debatten, soziale Kämpfe und emanzipatorischen Bewegungen mit einem Fokus auf die Kategorie Geschlecht die Aufhebung von Unterdrückungsstrukturen und von Marginalisierungsmechanismen zum Ziel haben (vgl. Hennessy 2003). Gleichzeitig ist es notwendig, feministische Positionen an die jeweiligen gesellschaftspolitischen Widersprüchlichkeiten anzupassen, insofern kann auch von neuen erweiterten feministischen Ansätzen gesprochen werden. Systemische Widersprüchlichkeiten bestehen heute im Gegensatz zwischen weltweitem kapitalistischem Profitstreben und dem Wunsch vieler Menschen nach hoher Qualität von Dienstleistungen, gerade im Bereich der Fürsorge. Gleichzeitig gibt es aufgrund von Individualisierungstendenzen auch deutliche Widersprüche zwischen unserer eigenen Verwobenheit in Abgrenzungen von den jeweils Anderen, die darüber marginalisiert und bedroht werden, und dem Wunsch nach Solidarität - auch mit den Ausgegrenzten. Entlang dieser Widersprüchlichkeiten lassen sich Auseinandersetzungen auch im Rahmen hegemonialer Feminismusdebatten führen und verschiedenartigste Widerstandspraxen verbreitern (vgl. Groß 2007): Es muss wieder verstärkt deutlich werden, dass eine andere Welt möglich ist, in der ein menschenwürdiges Leben für alle selbstverständlich ist.

Literatur:

- Boltanski, Luc; Chiapello, Ève (2003): Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz
- Groß, Melanie (2007): Feministischer Widerstand aus post-/queer-/linksradikal-feministischer Perspektive. In: Melanie Groß; Gabriele Winker (Hg.): Queer-|Feministische Kritiken neoliberaler Verhältnisse, Münster, 169-189
- Hennessy, Rosemary (2003): Feminismus. In: Frigga Haug (Hg.): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Feminismus, Band 1, Hamburg, 155-170
- Wehr, Christiane (2007): Queer und seine Anderen. Zu den Schwierigkeiten und Möglichkeiten queerer Bündnispolitik zwischen Pluralismusansprüchen und Dominanzeffekten. In: Melanie Groß; Gabriele Winker (Hg.): Queer-|Feministische Kritiken neoliberaler Verhältnisse, Münster, 149-168
- Winker, Gabriele (2007): Traditionelle Geschlechterarrangements unter neoliberalem Druck. Veränderte Verwertungs- und Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft. In: Melanie Groß/Gabriele Winker (Hg.): Queer-|Feministische Kritiken neoliberaler Verhältnisse, Münster, 15-49

Interventionen

Frauenrechte in der Bundesrepublik Deutschland durchsetzen - die Frauenrechtskonvention der Vereinten Nationen CEDAW

20.09.2007, Gastautorin: Rhoda Tretow

Das rechtsverbindliche, internationale Übereinkommen CEDAW bietet im Vergleich mit anderen Antidiskriminierungsinstrumenten mehrere Vorteile: es erlaubt zeitweilige Sondermaßnahmen zu Gunsten von Frauen, es ist frauenspezifisch, inhaltlich umfassend und so formuliert, dass auch neu entstehende Diskriminierungstatbestände geahndet werden können. Anlässlich der Veröffentlichung des 6. Staatenberichts der Bundesrepublik Deutschland wird im Folgenden anhand von Beispielen aus der vergangenen Berichtsperiode skizziert, wie verschiedene gesellschaftliche AkteurInnen dazu beitragen können, CEDAW zum Prüfstein jeder Entscheidung öffentlicher Gremien und politischer Maßnahmen avancieren zu lassen.

Im Juni 2007 veröffentlichte die Bundesregierung den [6. Staatenbericht \(PDF\)](#) zum Übereinkommen der Vereinten Nationen (VN) zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau, nach seiner englischen Abkürzung [CEDAW \(PDF\)](#) genannt.

In der Bundesrepublik Deutschland wird derzeit vor allem zwei anderen Antidiskriminierungsinstrumenten Beachtung geschenkt: der Strategie des [Gender Mainstreaming \(GM\)](#) und dem [Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz \(AGG\)](#), das dieser Tage seinen ersten Geburtstag feiert.

GM, seit 1999 per Bundeskabinettsbeschluss als offizielle Gleichstellungsstrategie etabliert, wird zunehmend mit Diversity Management verschränkt. Diese holistische Herangehensweise kann zu einer Qualitätssteigerung führen, birgt jedoch auch die Gefahr einer Verwässerung feministischer Perspektiven (vgl. [femina politica 1/2007](#)). Zudem kristallisiert sich seit längerem heraus, dass GM-Maßnahmen, trotz aller Warnungen, Frauenförderung eher ablösen als ergänzen (vgl. [Stiegler 2000](#), 5.3) wobei dieser Effekt nicht GM immanent ist, sondern wohl eher auf Fehlinterpretationen der Strategie beruht.

Das AGG wiederum deckt, entsprechend der EU-Richtlinien auf denen es basiert, nur einen Bruchteil aller Diskriminierungstatbestände ab und ist nicht frauenspezifisch. Hinzu kommen Umsetzungsmängel ([siehe Juristinnenbund](#)). Ob und wann die Bundesregierung diese nachbessern wird, ist unklar.

In dieser Situation gewinnt als drittes Instrument die rechtsverbindliche, internationale Übereinkunft CEDAW an Gewicht, die jede Form der Diskriminierung auf allen gesellschaftlichen Ebenen und in allen Lebensbereichen von Frauen verbietet. Zeitweilige Sondermaßnahmen, welche die Benachteiligung von Frauen verhindern bzw. aufheben, sind ausdrücklich erlaubt. Das Übereinkommensmandat ist so weit gefasst, dass CEDAW flexibel auf sich verändernde und neue Diskriminierungstatbestände eingehen kann. Zudem gelten die in CEDAW verbrieften Rechte für alle Menschen, die sich in der Bundesrepublik aufhalten, ob sie dies nun legal oder illegalisiert tun.

In der DDR trat CEDAW 1980, in der Bundesrepublik Deutschland fünf Jahre später in Kraft. Das 2002 in der Bundesrepublik in Kraft getretene [Fakultativprotokoll](#) zu CEDAW stellt wei-

tere Kontrollmechanismen zur Verfügung: das Individualbeschwerde- sowie das Untersuchungsverfahren.

Mit der Ratifizierung von CEDAW geht eine 4-jährliche Berichtspflicht einher, der die Bundesregierung mit der aktuellen Veröffentlichung beinahe pünktlich nachgekommen ist, obwohl sich die Übersetzung ins Englische und damit die Übergabe an die VN verzögert. In ihrem Bericht beschreibt sie, welche Maßnahmen sie ergriffen hat, um die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern zu gewährleisten. Wie schon in den vorhergegangenen Berichtsperioden wird der CEDAW-Ausschuss der VN den Bericht untersuchen, ihn im Rahmen eines konstruktiven Dialoges mit der Bundesregierung verhandeln und so genannte Abschließende Bemerkungen verfassen, nach denen die Bundesregierung zukünftige frauenpolitische Maßnahmen ausrichten soll.

Der Ausschuss begrüßt Stimmen aus der Zivilgesellschaft, die ihn darin unterstützen, sich ein regierungsunabhängiges Bild von der menschenrechtlichen Lage in einem Vertragsstaat zu verschaffen. Nichtregierungsorganisationen (NROen) kommt dabei eine wichtige Rolle zu: Sie können auf Grundlage des Fakultativprotokolls im Namen einzelner Diskriminierungsopfer Beschwerde führen und darüber hinaus so genannte Schattenberichte verfassen, die auf Lücken in den Regierungsberichten hinweisen und inhaltliche Korrekturen vornehmen. Schattenberichte gewinnen an politischem Gewicht, je mehr NROen an ihrer Erstellung beteiligt sind. Im Juli 2003 wurde eine Sammlung von sieben [Schattenberichten](#) an den CEDAW-Ausschuss und im Dezember 2003 im Rahmen einer öffentlichen Fachtagung an die Bundesregierung übergeben.

VertreterInnen von NROen haben während der Sitzung des CEDAW-Ausschusses, in der eine Regierungsdelegation dem Ausschuss Rede und Antwort steht, die Möglichkeit, mündlich Stellung zu nehmen, sowie in Gesprächen mit einzelnen Ausschussmitgliedern Informationen zu aktualisieren. 2004 erfüllte eine dreiköpfige NRO-Delegation diese Watchdog-Funktion und hörte Erstaunliches aus Regierungsmund: zum Beispiel, dass die Hartz-Reformen die Situation von Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt verbessern würden ([Sitzungsmittschnitt, Seite 3 Punkt 8](#)). (Für eine Liste der bis 2004 feststellbaren Verschlechterungen für Frauen s. [Fuchsloch, Christine: "Frauen als Verliererinnen der Hartzreformen"](#).)

Von dem im Fakultativprotokoll geregelten Individualbeschwerdeverfahren machte u.a. die bundesdeutsche NRO Ban Ying Gebrauch. Sie prangerte die auf Grund diplomatischer Immunität der ArbeitgeberInnen quasi rechtlose Situation von Angestellten in diplomatischen Haushalten in der Bundesrepublik an. Ihre Beschwerde veranlasste das Auswärtige Amt die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel zu prüfen und auszuschöpfen, ein Erfolg zivilgesellschaftlicher Intervention der hier exemplarisch für viele genannt sei und der im Bericht auf Seite 48 ausführlich nachzulesen ist.

Der Fall behandelt nur eine Facette des Diskriminierungsspektrums, die eine Gruppe von Frauen betreffen, die umgangssprachlich unter der Überschrift "Frauen mit Migrationshintergrund" zusammengefasst werden. Das Beispiel lässt erahnen, wie wenig homogen diese Gruppe tatsächlich ist und wie entsprechend vielfältig frauenpolitische Maßnahmen in diesem Bereich sein müssen. NROen arbeiten unermüdlich daran, migrantinnenspezifische Belange als Querschnittsthemen auf die Agenden aller politischen Diskurse zu setzen - oft mit Erfolg. Jüngstes Beispiel ist der [Sammelband zum Thema Zwangsverheiratung](#), den das Bundesministerium für Familie, Jugend, Frauen und Soziales (BMFSFJ) im September 2007 herausgab und der besonderen Augenmerk auf die Situation von Migrantinnen richtet.

Aber auch gesamtgesellschaftlich sind Frauen in der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor benachteiligt. Diese Aussage sei anhand einiger bundesdeutscher Arbeitsmarktfakten exemplarisch belegt: Das durchschnittliche Einkommen von Frauen liegt so weit unter dem von Männern, dass die Bundesrepublik bezüglich des Lohngefälles im europäischen Vergleich (EU) regelmäßig auf einem der letzten Plätze rangiert. In dem [Bericht zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern](#) des BMFSFJ heißt es 2002, Frauen seien von registrierter Arbeitslosigkeit und nicht realisierten Erwerbswünschen überdurchschnittlich betroffen. Frauen arbeiten zudem immer häufiger Teilzeit, wobei auch Frauen, die nur ein paar Stunden pro Woche erwerbstätig sind, in den Statistiken als "beschäftigt" geführt werden. Mit einem Wechsel in die Teilzeitarbeit sinkt nicht nur das Gesamteinkommen, sondern die soziale Absicherung insgesamt. Besonders gravierend wirkt sich Teilzeitarbeit in einkommensabhängigen Rentensystemen auf die Altersabsicherung aus. (Für eine Diskussion frauenspezifischer Altersarmut s. [Rust, Ursula: "Rentenreform: Auswirkungen impliziter Diskriminierung", S. 35-41.](#))

Der gleichstellungspolitische Handlungsbedarf in diesem und in zahlreichen anderen Bereichen ist also enorm. Umso schwerer nachzuvollziehen ist die chronische Unterfinanzierung der zivilgesellschaftlichen CEDAW-Arbeit. Anfragen für finanzielle Unterstützung wurden 2003 vom BMFSFJ abschlägig beschieden. Im Juli 2007 heißt es in einer [Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage \(PDF\)](#) im Bundestag, eine Förderung von NROen komme nur in eingeschränktem Maße in Betracht. Die Finanzierung bundesweiter Arbeitsgruppen, die thematisch umfassender als bisher und frühzeitig vor Erscheinen des Berichts tätig werden, sowie die einer Koordinierungsstelle nach niederländischem Vorbild ([Shadow Report NL](#)), scheint in weite Ferne gerückt.

So verwundert es nicht, dass noch heute, drei Monate nach Erscheinen des 6. Berichts, nicht feststeht, ob und wenn ja von wem die dringend notwendigen Kommentare geschrieben werden. Eine umfassende Beschreibung aller Missstände wird auch dieses Mal wohl kaum realisierbar sein. Immerhin plant das [Deutsche Institut für Menschenrechte \(DIMR\)](#) (L14) im Herbst 2007 einen Aktivierungsworkshop für zivilgesellschaftliche AkteurInnen.

Das DIMR war es auch, das dem [Follow-up Prozess](#), der zur Überprüfung der Umsetzung der Abschließenden Bemerkungen dient, ein Forum verlieh und damit maßgeblich zur Kontinuität der CEDAW-Arbeit beitrug.

NROen fordern mit unverminderter Vehemenz, dass CEDAW bei allen Entscheidungen öffentlicher Gremien und politischer Maßnahmen als Prüfstein verwendet wird. Dabei appellieren sie auch an politisch verantwortungsvolle Einzelpersonen, die Bundesregierung an ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen im Rahmen von CEDAW zu erinnern. Sie können dem Übereinkommen Gewicht verleihen, indem sie sich in Veröffentlichungen und Vorträgen sowie vor allem in politischen Eingaben und Fördermittelanträgen auf die relevanten CEDAW-Artikel berufen. Wem der [Gesetzestext \(PDF\)](#) zu umfangreich ist, die/ der findet eine Zusammenfassung der Artikel auf einem Flyer, der über [info\[at\]frauenrechte.de](mailto:info[at]frauenrechte.de) unentgeltlich bezogen werden kann.

Weiterführende Links

- für CEDAW-Dokumente: www.institut-fuer-menschenrechte.de/webcom/show_article.php/_c-503/_nr-2/i.html
- für aktuelle Kritik des Deutschen Juristinnenbunds am AGG: www.djb.de
- für Fragen zu Gender Mainstreaming: www.genderkompetenz.info

Interventionen

Feminismus is en vogue! Aber welcher Feminismus?

17.12.2007, Birgit Riegraf

Jahrelang galt Feminismus in Deutschland als Schimpfwort. Seit einiger Zeit entdecken die Medien das Label "Feminismus" für ihre Titelseiten. "Wir brauchen einen neuen Feminismus" forderte unlängst die "Zeit". Die FDP-Politikerin Silvana Koch-Mehrin fühlt sich berufen, eine "Streitschrift für einen neuen Feminismus" zu verfassen. Ursula von der Leyen findet in einer Ausgabe der FAZ von 2007 "Konservativer Feminismus" eine spannende Wortprägung. Die Forderung nach einem "neuen" Feminismus wird diskussions- und salonfähig. Einen Vorwand und den Kontrapunkt dafür liefert Eva Herman, die penetrant verkündet, dass die Frau ins Heim zu Kind und Mann gehört.

In der Diskussion über den "neuen" Feminismus findet eine Auseinandersetzung um die Definition des Begriffs statt. Das Zerrbild eines "alten" Feminismus wird gezeichnet, der als Abgrenzungsfolie erhalten muss, um die Konturen des "neuen" Feminismus zeichnen zu können. Das Bild des "alten" Feminismus wird wie folgt gemalt: Er sei eng verwoben mit einer radikalen Frauenbewegung, deren Forderungen und Strategien als überholt gelten und schon allein aus diesem Grunde abzulehnen sind. Im "alten" Feminismus hätten Männer generell als Aggressoren gegolten, Heterosexualität sei als das grundlegende Übel aller Diskriminierung identifiziert worden und Frauen, die den Lippenstift aus der Tasche holten, seien als Teil des Patriarchats diskreditiert worden (Dorn 2006, S. 36f). Eines haben alle die aufgeführten Beiträge über einen "neuen" Feminismus gemeinsam: Zu Eva Hermans rückwärtsgewandter Vision von Weiblichkeit will keine der Vertreterinnen zurück. Aber auch keine der Protagonistinnen will Teil einer Frauenbewegung sein, als deren abschreckende Vertreterin immer wieder Alice Schwarzer zitiert wird.

Aber was zeichnet nun den proklamierten "neuen" Feminismus aus, der sich jenseits traditioneller Geschlechterbilder und der Frauenbewegung verorten möchte? Worin genau unterscheidet er sich vom "alten" Feminismus? Zunächst einmal zeigt die gegenwärtige Diskussion um den Feminismus, dass einige Themen der Frauenbewegung in der breiten Gesellschaft angekommen sind. Forderungen, wie die nach mehr Krippenplätze für Kinder oder die Aufhebung der Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen finden sich in den Programmen von Parteien und Gewerkschaften wieder und werden in der politischen Sphäre verhandelt. Die Diskussion zeigt aber auch, dass die Ungleichheiten innerhalb der Gruppe der Frauen durch die Eroberung neuer gesellschaftlicher Räume und Positionen noch größer geworden sind. Die Interessen sind heute so vielfältig geworden, dass nicht nur ein gemeinsames "Wir" abhanden gekommen ist oder sich zumindest nicht mehr einfach finden lässt, sondern dass auch Koalitionen jenseits der Geschlechtergrenzen gewählt werden und Abgrenzungen deutlich gezogen werden, um eigene Karriereninteressen in Parteien oder Medien nicht zu gefährden.

Die öffentliche und medienwirksame Diskussion über den "neuen" Feminismus" wird von erfolgreichen Politikerinnen, Schriftstellerinnen oder Managerinnen und nicht von Migrantinnen, Hartz IV Empfängerinnen oder von Beschäftigten auf schlecht bezahlten Erwerbsarbeitsplätzen im Dienstleistungssektor dominiert. Politikerinnen, Schriftstellerinnen oder Managerinnen sind darin geübt, ihre Interessen in einer breiten Öffentlichkeit rhetorisch geschickt zu vertreten und sie sind aus diesem Grunde in der Lage den Begriff des Feminismus in eine breite Öffentlichkeit zu tragen und ganz in ihrem Interesse inhaltlich (neu) zu definieren.

Themen dieses "neuen" Feminismus sind die Vereinbarkeit zwischen Karriere und Beruf oder Karrierebarrieren, wie Seilschaften und Feierabendbündnisse zwischen Männern. Sie sind Ausdruck der Lebenssituation und der Interessen dieser vergleichsweise privilegierten Gruppen, die nichts zu tun haben möchten mit einer Frauenbewegung, die mit ".verbrannten BHs und Frauen-Lesben-Referaten und der Verteufelung der Heterosexualität" (Dorn 2006) in Verbindung gebracht wird. Dass es sich hierbei keineswegs um eine angemessene Beschreibung der Frauenbewegung handelt und dass diese Bewegung die Grundlage für die Erfolge derjenigen Frauen legte, die sich nun medienwirksam zu Wort melden, scheint dabei nicht zu stören.

Die FDP-Politikerinnen Silvana Koch-Mehrin möchte für einen Feminismus eintreten, der sich "nicht gegen die Herrschaft des Mannes" wendet, sondern "die Freiheit der Frau" fordert. Aus ihrer Sicht verlaufen "die Konfliktlinien unabhängig vom Geschlecht zwischen denjenigen, die eine Gesellschaft wollen, in denen sich Männer und Frauen auf Augenhöhe begegnen, und denen, die an vorgefertigten Rollenbildern kleben". Sie grenzt sich gegen einen "alten" Feminismus ab, der angeblich jeden Mann als Aggressor betrachtet. Sie versteht sich auch nicht als Mitglied der Frauenbewegung, der sie zuschreibt, dass sie sich vorwiegend über einen Opferstatus definiert (Oestreich/ Schmitt 2007). Als Opfer will sich Silvana Koch-Mehrin auf keinen Fall verstehen (Hark/ Kerner 2007). Feminismus heißt in ihrer Version, Frauen über mehr Krippenplätze Wahlfreiheiten in Bezug auf Kinder und Karriere zu bieten, ohne dass berufstätige Frauen stigmatisiert werden. Ganz im Sinne des liberalen Parteiprogramms wünscht sie sich auch, dass das Leistungsprinzip durch das männliche Kungelprinzip ersetzt werden soll, um Frauen echte Karrieremöglichkeiten zu bieten.

Themen jenseits der Vereinbarkeitsproblematik und Fragen des beruflichen Aufstiegs, wie sexuelle Ausbeutung, Migration, prekäre Arbeitsverhältnisse oder Gewaltverhältnisse bleiben im Forderungskatalog des "neuen" Feminismus bislang Leerstellen. Wer diese Themen dennoch entschlossen auf die Tagesordnung setzt, als Bestandteil feministischer Forderungen sehen möchte und sie gegebenenfalls in einer Frauenbewegung mit Mitteln jenseits traditioneller partei- oder unternehmenspolitischer Strategien durchsetzen möchte, läuft schnell Gefahr eben von den "neuen" Feministinnen als Vertreterin des "alten" Feminismus diskreditiert zu werden, dessen Errungenschaften in der Vergangenheit fallweise zwar durchaus gewürdigt werden, aber dessen inhaltliche Forderungen und politische Strategien als verstaubt und antiquiert hingestellt werden.

Literatur

- Oestreich, Heide/ Schmitt, Cosima (2007): Uäh, die ist Feministin!, TAZ 08.03. 2007
- Thea Dorn (Hg.) (2006): Die neue F-Klasse. Wie die Zukunft von Frauen gemacht wird, München
- Hark, Sabine/ Kerner, Ina (2007) Der Feminismus ist tot? Es lebe der Feminismus! Das "False Feminist Death-Syndrome", <http://www.querelles-net.de/forum/forum21/harkkerner.shtml>
- Silvana Koch-Mehrin (2007). Schwestern - Streitschrift für einen neuen Feminismus, Berlin

Interventionen

Was haben Kopenhagener "Krawalle" mit dem 8. März zu tun? Ein Nachruf

08.03.2007, Melanie Groß

Am 5. März wurde in Kopenhagen im Stadtteil Norrebro in der Jagtvej 69 das Ungdomshuset abgerissen. Nach dem Beginn der Räumung des besetzten Hauses am 1. März kam es zu mehrtägigen Protesten und insgesamt etwa 700 Festnahmen. Das Ungdomshuset war ein Haus mit Geschichte: Unter anderem beschloss hier die II. Internationale Frauenkonferenz am 27. August 1910 die Einführung eines Internationalen Frauentages.

Die II. Internationale Konferenz sozialistischer Frauen, an der 100 Delegierte aus 17 Ländern teilnahmen, beschloss auf Initiative von Clara Zetkin am 27. August 1910 in der Jagtvej 69 die Einführung eines jährlichen Internationalen Frauentages. An diesem Tag sollte gemeinsam gegen Unterdrückung und Ausbeutung und für das Frauenwahlrecht gekämpft werden. Unter den Besucherinnen der Konferenz waren auch Rosa Luxemburg und die Sozialdemokratin Nina Bang, die als erste Ministerin der Welt im Jahre 1924 dänische Erziehungsministerin wurde. In den Leitanträgen zur Konferenz schreibt Clara Zetkin:

"Im Einvernehmen mit den klassenbewussten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats in ihrem Lande veranstalten die sozialistischen Frauen aller Länder jedes Jahr einen Frauentag, der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht dient. Die Forderung muß in ihrem Zusammenhang mit der ganzen Frauenfrage der sozialistischen Auffassung gemäß beleuchtet werden. Der Frauentag muß einen internationalen Charakter tragen und ist sorgfältig vorzubereiten." ([Leitanträge und Tagesordnung, PDF](#), Seite 3)

Die EuropäerInnen waren mit diesem Vorhaben nicht allein, denn auch nordamerikanische Sozialistinnen führten 1909 erstmals einen nationalen Frauenkampftag durch, um für die Ideen des Sozialismus zu werben und das Frauenwahlrecht zu propagieren.

Mit dem Abriss des seit 1897 als "Arbejderpalads" bekannten Hauses in der Jagtvej 69 verliert nicht nur Dänemark, sondern auch die feministische Bewegung ein geschichtsträchtiges Haus. Das erklärt auch die vielen spontanen Solidaritätsaktionen und Demonstrationen, die in der vergangenen Woche in Helsinki, London, Istanbul, Warschau, Bern, Hamburg und anderen Städten stattgefunden haben.

Der Abriss ist von der religiösen Vereinigung "Faderhuset" durchgesetzt worden, in deren Besitz das Haus seit dem Jahre 2001 ist. Faderhuset ist eine als Sekte eingestufte Gruppe, die - ähnlich wie andere religiöse Gruppierungen - unter anderem gegen Homosexualität, Abtreibung und Sex vor der Ehe mobil macht. Das Recht auf Abtreibung und der Kampf um sexuelle Selbstbestimmung sind genau die Themen, die neben den Forderungen nach Gleichberechtigung und dem Frauenwahlrecht für die Frauenbewegung zentral waren und sind.

Dieser 8. März muss ohne das Ungdomshuset bestritten werden.

Weiterführende Links:

- [Elke Wittich: Jagtvej 69. Eine fundamentalistische Sekte erobert ein Haus mit linker Tradition. Der Protest gegen die Schließung des Kopenhagener Jugendzentrums hat eine lange Vorgeschichte, Jungle World 10, 2007](#)
- [Frauennews: Geschichte des Internationalen Frauentags](#)
- [Indymedia: Ungdomshuset in Kopenhagen geräumt](#)
- [Spiegel Online, 5.03.07: Geräumtes Jugendzentrum wird abgerissen](#)

Interventionen

Ladyfeste: (queer-)feministischer Widerstand

28.01.2007, Melanie Groß

Seit 2003 boomen in Deutschland so genannte Ladyfeste. Die Ladyfeste haben sich weitgehend ohne die Unterstützung von Mainstream Medien wie durch ein Lauffeuer verbreitet. Auf den ersten Blick könnten Ladyfeste möglicherweise lediglich als unterhaltensame Freizeitgestaltung verstanden werden - doch bei genauerem Hinsehen fällt auf, dass es sich bei den Ladyfesten um (queer-)feministische Veranstaltungen handelt, die sich innerhalb der Musikkultur und mit den Mitteln der Musikkultur lautstark gegen Sexismus, Heterosexismus und Homophobie zur Wehr setzen.

Seit 2003 die ersten Ladyfeste Deutschlands in Hamburg, Berlin und Leipzig stattfanden, erleben wir einen regelrechten Boom der Ladyfeste: In Stuttgart, Trier, Frankfurt a.M., Nürnberg, Düsseldorf, Bochum, Bielefeld, Mannheim, Hannover, Dresden und einige andere Städte wurde in den letzten zwei Jahren mindestens ein Ladyfest veranstaltet. Aber auch in anderen Ländern boomen die Ladyfeste: Wien, Rotterdam, Warschau, Newcastle, Madrid, Stockholm, New York, Denver, Hawaii, Ottawa und Singapur - um nur einige wenige Städte zu nennen, in denen ebenfalls ein Ladyfest stattgefunden hat. In der Geburtsstadt des Ladyfestes in Olympia (USA) findet 2005 zum fünfjährigen Geburtstag bereits ein zweites Fest statt. Die Ladyfeste haben sich weitgehend ohne die Unterstützung von Mainstream Medien wie durch ein Lauffeuer verbreitet. Trotz des hohen ehrenamtlichen Aufwands von Seiten der Organisierenden, fand z.B. in Berlin, Leipzig und Wien in kurzen Abständen bereits das zweite Ladyfest statt. Mit den vielen Ladyfesten entsteht zeitgleich auch eine starke Präsenz dieser Community im Internet.

Mit den eingesetzten politischen Strategien wird im Kontext der Ladyfeste versucht - wie zuvor auch bereits durch die riot grrrls, Grenzen zu überschreiten, Sehgewohnheiten zu irritieren und gleichzeitig geschlechtshierarchische Strukturen anzugreifen. Das Ergebnis dieser Allianz politischer Strategien ist eine facettenreiche, schillernde und lautstarke Bewegung, die nachhaltigen Eindruck in der feministischen Subkultur hinterlassen hat und über deren politische Strategien im Folgenden ein kurzer Überblick gegeben wird.

Politische Strategien der Ladyfeste

Bei Ladyfesten geht es zum einen darum, das männlich codierte kulturelle Feld der Musik, zu besetzen, und zum anderen, die Kategorie Frau in Frage zu stellen und sich dafür der Mittel der Musik und Popkultur zu bedienen. Die Inhalte werden dabei nicht nur durch Flugblätter oder Songtexte sprachlich vermittelt, sondern sie werden auch mit symbolischen Methoden, also beispielsweise durch Bilder transportiert. Die Strategie der Skandalisierung und Thematisierung heterosexistischer Strukturen innerhalb der Musikkultur wird kombiniert mit Strategien der Wiederaneignung und Verschiebung, der Vervielfältigung von Geschlecht sowie der Selbstrepräsentation.

Ladyfeste gegen (Hetero-)Sexismus in der Musikkultur

Im Zentrum der Ladyfeste stehen non-profit Veranstaltungen wie Konzerte und do-it-yourself Workshops sowie Vorträge und Diskussionsrunden. Sie werden als politisch motiviert ange-

kündigt und zumeist von jungen Frauen, Lesben, Transgender und Queers organisiert. Dabei ist ein wiederkehrendes Motiv der Bezug auf die riot grrrl Bewegung der 1990er Jahre und die explizite Stärkung von Personen, die jenseits des typischen männlichen Rockstars (Musik)Kultur aktiv gestalten wollen. Mit Solidaritätsaktionen unterstützen auch Gruppen in Städten, die kein eigenes Ladyfest veranstalten, die Festivals. Sie veranstalten beispielsweise Partys oder Konzerte, um das eingenommene Geld an die Organisierenden zu spenden. Es entwickelt sich über die konkreten Feste hinaus ein Netzwerk von HelferInnen und UnterstützerInnen, das sich explizit positiv auf die Ladyfeste bezieht. Die meist mehrtägigen Feste, die in alternativen und autonomen (Jugend-)Kulturzentren stattfinden, widmen sich Themen wie Geschlechternormierungen, (Hetero-)Sexismus und Gewalt, Sexualitätsnormen, alternative und antikapitalistische Kultur, Ausbeutungsverhältnissen, Weißsein und Rassismus. Neben Punk-, Hardcore- und Elektro-Konzerten können BesucherInnen z.B. Drag Workshops und Selbstverteidigungskurse besuchen, Vorträge über queere Politik und Feminismus diskutieren, selbstgemachte Underground Filme zeigen, selbst geschriebene Texte vortragen oder eine open stage Bühne nutzen, um eigene Musik zu spielen.

Von girl zu grrrl zu lady - Wiederaneignung und Verschiebung

Eine Strategie der grrrls und Ladies ist der Einsatz sprachlicher Verschiebungen, die Irritationen bei den Lesenden erzeugen und die Bedeutung des Bezeichneten verschieben sollen. Diese Verschiebungen sind besonders offensichtlich bei der Namensgebung: Als Lady wird im Allgemeinen eine Frau bezeichnet, die einen bürgerlich-konservativ angesehenen Status erlangt hat, sich durch vornehmes und geschlechtstypisches weibliches Verhalten auszeichnet, die gesellschaftlich geachtet wird und als sexuell unverdächtig gilt. Durch die progressive Verwendung des Labels Lady, gelingt den Ladies noch einmal eine Wiederaneignung und Verschiebung eines patriarchalischen Begriffes wie es den riot grrrls zuvor mit dem des girls zumindest für ein paar Jahre gelungen war, bevor die Kulturindustrie ihn sich zurück erobert hatte. Damals war eine Intention, den verniedlichenden und abwertenden girl-Begriff neu zu besetzen. Er wurde mit drei ‚r‘ versehen, die ein Grollen in das Wort grrrl brachten und der Bezeichnung mehrere neue Bedeutungen verleihen konnte. In der Rückeroberung und Wiederaneignung von Bezeichnungen liegt auch eine Verschiebung dessen, was mit dem Begriff zuvor bezeichnet wurde. Mit der Aneignung des Begriffs grrrl wurde zugleich Mädchenkultur aufgewertet und versucht, diese mit neuem Selbstbewusstsein zu stärken:

"Grrrl bringt das Knurren zurück in unsere Miezkatzekehlen. Grrrl zielt darauf, die ungezogenen, selbstsicheren und neugierigen Zehnjährigen in uns wieder aufzuwecken, die wir waren, bevor uns die Gesellschaft klar machte, daß es an der Zeit sei, nicht mehr laut zu sein und Jungs zu spielen, sondern sich darauf zu konzentrieren, ein ‚girl‘ zu werden, das heißt eine anständige Lady, die die Jungs später mögen würden" (Gilbert/Kile 1997: 22).

Durch die gleichzeitige Annahme und Zurückweisung stigmatisierender oder eingrenzender Begriffe wie Tunte, Lady, queer, grrrl, Lesbe usw. wird versucht, sie ihrer diffamierenden Kraft zu berauben.

Eine weitere Art der Verschiebung wird auf der visuellen Ebene eingesetzt. Durch die oft künstlerisch-gestalterische Aufbereitung von Websites, Partyräumen, Fanzines und Flyer werden Bilder klassischer Geschlechterstereotype aufgegriffen und verändert. Durch solche absichtsvollen Fehlzitationen wird versucht, auf visueller Ebene zu irritieren und Bedeutungen zu verschieben.

Ladyfeste und gendertrouble - Vervielfältigung von Geschlecht

Gruppen, die sich heute des Labels Lady, Ladyzzz oder Ladiez bedienen, persiflieren die Figur der Lady als Symbol und Sinnbild der hegemonialen Geschlechterordnung und greifen - inzwischen vermehrt und expliziter als noch zu Beginn der Ladyfeste - das System der heterosexuellen Zweigeschlechtlichkeit an:

"DAS LADYFEST IST EINE PLATTFORM FÜR FEMINISTISCHE, QUEERE UND TRANSGENDER-KULTUR, DIE SICH AUS DER DO-IT-YOURSELF-KULTUR DER RIOTGRRRL-BEWEGUNG ENTWICKELTE" ([Ladyfest Wien 2005](#)).

Entsprechend der Betonung der queer-feministischen und transgender Inhalte richten sich die Ladyfeste an Personen jeden Geschlechts. Der Existenz vielfältiger Lebensformen jenseits heteronormativer Zweigeschlechtlichkeit wird Raum gegeben und dies im Zusammenhang mit geschlechtshierarchischen Differenzen innerhalb der Musikkultur thematisiert.

Ladiez gehen allerdings nicht davon aus, dass Frauen per se auf die gleiche Weise benachteiligt seien, sondern sie verweisen hingegen auf das komplexe Ineinandergreifen von Differenzkategorien wie Geschlecht, Klasse, Nationalität, Ethnizität, Sexualität und/oder Alter, das je nach dem Kontext von Personen unterschiedliche Subjektpositionierungen hervorbringt.

Entsprechend betonen die Ladyfeste die heterogenen gesellschaftlichen Positionierungen der Organisierenden und der Zielgruppen. So formulieren die Organisierenden des Wiener Ladyfestes im Jahre 2005 auf ihrer Website:

"WIR WOLLEN EIN ORGANISATORISCHES BÜNDNIS SCHAFFEN, DAS AUS HETEROGENEN POSITIONEN, ZUGÄNGEN UND KONTEXTEN BESTEHEN SOLL. DESHALB WENDEN WIR UNS AN FRAUEN, LESBEN, TRANSGENDER, ARBEITSLLOSE, MIGRANTINNEN, ARBEITERINNEN, STUDENTINNEN, MUSIKERINNEN, DIENSTLEISTERINNEN, TECHNIKERINNEN, KÜNSTLERINNEN... UM GEMEINSAM DAS KNIE BZW. DIE FAUST GEGEN SEXISMUS, RASSISMUS, HOMOPHOBIE UND DIE KAPITALISTISCHE VERWERTUNGSLOGIK ZU HEBEN!!!" ([Ladyfest Wien 2005](#)).

Die Organisierenden des Ladyfestes Frankfurt 2005, formulieren zu ihrem Anliegen:

"Klar, dieses Fest will alles sein: feministisch, queer und unkommerziell, sich gegen Kapitalismus, Rassismus und Antisemitismus wenden, will öffentliche Freiräume schaffen und gegen Zweigeschlechtlichkeit, Zwangsheterosexualität, Konkurrenzdenken, Schönheitsideale und Alltagszwänge einen Raum bieten" ([Ladyfest Frankfurt 2006](#)).

(re)presentin' - Netzwerke und Selbstrepräsentation

Mit den Ladyfesten und deren Präsenz im Internet gelingt es ein internationales Netzwerk herzustellen. Dabei sind die Websites der Ladyfeste nicht nur als Werbematerial zu verstehen, sondern als eigene kulturelle und politische Strategien. Sie nehmen sich einen vernetzten Raum für die eigene diskursive und visuelle Herstellung von Mehrgeschlechtlichkeit und für die Thematisierung von gesellschaftlichen Diskriminierungsverhältnissen insbesondere in Bezug auf Geschlecht und Sexualität, auch über die Grenzen der Musikkultur hinaus (Groß 2006).

Die Selbstrepräsentation durch die Websites fungiert als Möglichkeit sich auch gegen hegemoniale Zweigeschlechtlichkeit zu positionieren. Außerdem wahren sie die Möglichkeit, trotz Differenzen zwischen den unterschiedlichen Festen mit den jeweiligen lokalen Schwerpunkten, als ein gemeinsamer politischer Kontext und eine Szene wahrgenommen zu werden.

Semiotische Guerilla und Strukturkritik

Ladyfeste können als ein Versuch verstanden werden in verschiedene Machtmechanismen gleichzeitig zu intervenieren. Die in der Theoriedebatte mit Judith Butler (1991) verbundene Strategie der Verschiebung und Wiederaneignung wird von den Ladies gezielt in einer Art semiotischer Guerilla eingesetzt. Sie intervenieren in den realitätsproduzierenden Gehalt von Sprache und Diskursen und versuchen so, Bedeutungen zu verschieben. Gleichzeitig diversifizieren sie das Modell der Zweigeschlechtlichkeit, indem sie Raum für Mehrgeschlechtlichkeit bieten und sich ausdrücklich an mehr als zwei Geschlechter richten. Daneben versuchen sie die Definitionsmacht über sich selbst zu wahren, indem sie eine Fülle an Material auf Websites im Internet veröffentlichen, die Ladyfeste mit Filmdokumentationen begleiten und mit Flugblättern, Fanzines und Readern bestücken.

Diese eher im symbolisch-kulturellen Feld angesiedelten politischen Strategien werden zugleich mit permanenter Kritik an hierarchischen Strukturen über die Grenzen der Musikkultur hinaus eingesetzt. Damit gelingt es den Ladyfesten eine Art des Feminismus zu kreieren, der den heute sehr komplexen Machtverhältnissen etwas entgegen zu setzen vermag.

Literatur

Butler, Judith (1991): Das Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt a.M.

Gilbert, Laurel; Kile, Crystal (1997): SurferGrrrls. In: SPoKK (Hg): Kursbuch JugendKultur. Stile, Szenen und Identitäten vor der Jahrtausendwende. Mannheim, 220-226.

Groß, Melanie (2006): Internet als Plattform politischer Interventionen: Ladyfeste im Netz. In: kommunikation@gesellschaft, Jg. 7, Beitrag 4. Online-Publikation: http://www.soz.uni-frankfurt.de/K.G/B4_2006_gross.pdf

Ökonomie

Gender Marketing - das Revival der Differenz

29.01.2006, Tanja Carstensen

Gender Marketing nennt sich das Konzept anhand dessen "die unterschiedlichen Bedürfnisse von weiblichen und männlichen Verbrauchern" bei Entwicklung, Vertrieb, Preisbildung und Kommunikation von Produkten und Dienstleistungen berücksichtigt werden sollen. Unternehmen haben offensichtlich das Potenzial von Gender für sich entdeckt. Dabei werden nicht nur die Differenzen zwischen Männern und Frauen reaktiviert; auch biologistische Argumentationen kommen zum Tragen. Hiermit fällt das Konzept weit hinter feministische Debatten um den Gender-Begriff der letzten Jahre zurück und reduziert Gender auf ein Phänomen unterschiedlicher Bedürfnisse und Kaufinteressen, während die mit Geschlecht verbundenen Macht- und Herrschaftsverhältnisse ausgeblendet werden.

Eine neue Wortschöpfung kursiert seit einigen Monaten in der "Gender-Szene": Gender Marketing. So nennt sich das Konzept, anhand dessen "die unterschiedlichen Bedürfnisse von weiblichen und männlichen Verbrauchern" ([bluestone AG, Gender Marketing](#)) bei Entwicklung, Vertrieb, Preisbildung und Kommunikation von Produkten und Dienstleistungen berücksichtigt werden sollen. Ähnlich wie schon bei Gender Mainstreaming, das darauf abzielt, bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen (siehe [Gender Mainstreaming](#) vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), will Gender Marketing nun bei der Vermarktung von Produkten die Potenziale von Gender nutzen - diesmal aber die ökonomischen. Denn - so die Idee - Frauen werden als zahlungskräftige Kundinnen bisher noch viel zu wenig ernst genommen, wodurch große Märkte unerschlossen blieben, so formuliert es z.B. das Fraunhofer-Institut in seinem Veranstaltungskalender ([Fraunhofer-Institut, Veranstaltungskalender](#)). Auf einmal ist es also auch für Unternehmen interessant, sich mit Gender auseinanderzusetzen.

Auf dem [1. Internationalen Gender Marketing Kongress](#) am 27./28. April 2006 in Berlin wurde dementsprechend diskutiert, wie unter anderem Autos, Finanzdienstleistungen oder Altersvorsorge besser auf Frauen zugeschnitten, wie Frauen in der Werbung gezielter angesprochen und Haushaltsgeräte für Männer attraktiver angeboten werden können. Es wurde von Erfahrungen mit Frauenetagen in Hotels und den speziellen Bedürfnissen des ‚neuen Mannes‘ berichtet. Als Grundlage für Gender Marketing dienen ‚Erkenntnisse‘ der Art, dass Frauen bei Werbung erst auf den Text gucken und Männer zuerst auf das Bild, weshalb großer Handlungsbedarf bei der zielgruppengerechten Ansprache in der Werbung bestünde.

Dass dabei dann Differenzen zwischen Männern und Frauen wieder relevant gemacht werden, dürfte kaum überraschen. So findet sich auf den Internetseiten der [bluestone AG](#), einer auf Gender Marketing spezialisierten Marketingberatung, ungeachtet aller Debatten der letzten Jahre um die Problematik einer Unterscheidung in zwei (als in sich homogen konzipierte) Geschlechter folgende Formulierung:

"Genderspezifische Unterschiede machen sich überall bemerkbar: In den Fähigkeiten, Wünschen, Lebensgestaltungen, im Umgang mit technischen Produkten, Alltagsgütern, im Kommunikations- und Kaufverhalten. Dies alles und noch viel mehr berücksichtigt die gesonderte

Betrachtung von Frauen und Männern als Nutzer und Käufer." ([bluestone AG, Gender Marketing](#))

Und nicht nur die Differenz wird wieder reaktiviert; auch biologistische Deutungen werden herangezogen: Biologische Voraussetzungen, so heißt es dort, wissenschaftliche Erkenntnisse aus der Hirnforschung und der Soziobiologie würden beim Gender Marketing berücksichtigt.

Damit fällt das Konzept weit hinter die feministischen Debatten der vergangenen Jahre zurück. Natürlich sind weder Emanzipation noch die Dekonstruktion von Geschlecht erklärte Ziele der Marketing-ExpertInnen, sondern einzig und allein Profitmaximierung. Dennoch ist bemerkenswert, wie konträr zurzeit Debatten verlaufen können, die sich auf denselben Begriff beziehen. Während in wissenschaftlichen Debatten um den Gender-Begriff die Zweigeschlechtlichkeit in Frage steht, wird die Idee der Differenz zwischen Männern und Frauen im Marketing anscheinend gerade erst entdeckt und fleißig (re-)produziert. Damit geht nicht nur alles verloren, was mit dem Gender-Begriff an politischem Potenzial für Emanzipation und die Dekonstruktion von Geschlecht verbunden wird. Vielmehr wird mit dem Rekurs auf biologistische Deutungsmuster zudem deutlich, dass die Gender-Marketing-ExpertInnen den Gender-Begriff offenbar gar nicht verstanden haben, da er unreflektiert und falsch verwendet wird. Denn bei allen heterogenen Verwendungsweisen meint er doch zumindest eines unzweideutig: dass Geschlecht sozial hervorgebracht wird. Es zeigt sich also erneut, dass mit Gender zurzeit ein Begriff prominent geworden ist, der die Beschäftigung mit dem Thema Geschlecht in breiten Kreisen hoffähig gemacht hat, der dehnbar auslegbar und vor allem nicht provokant ist (ganz im Gegensatz zum Begriff Feminismus). Die angeblichen Differenzen zwischen Männern und Frauen werden im Gender Marketing als produktive Vielfalt gedeutet; dass Geschlechterverhältnisse auch Macht- und Herrschaftsverhältnisse sind, verschwindet völlig aus dem Bedeutungshorizont des Begriffs.

Aber es finden sich auch einige wenige differenzierte Stimmen: So weist beispielsweise Jörg Sommer, Produktmanager bei Daimler-Chrysler darauf hin, dass es nicht "die Frau" und "den Mann" ([Der Tagesspiegel online, 05.05.06](#)) gäbe. Auch wurde auf dem Kongress diskutiert, dass die Gefahr bestünde, dass Frauen klischeehaft auf ihr Geschlecht reduziert würden und dass weitere Identitätsmerkmale wie Herkunft/Ethnie, Alter, Nationalität, sexuelle Orientierung oder Religion ebenfalls berücksichtigt werden müssten. Dieser differenziertere Blick zielt allerdings auch nur auf die bessere Vermarktbarkeit von Produkten und passt damit gut zum ebenfalls wenig gesellschaftskritischen Konzept der "Managing Diversity".

Besteht damit aber Hoffnung auf eine Entdramatisierung der Differenz? Vielleicht ist Gender Marketing ja ein erforderlicher Schritt. Vielleicht müssen wie in der feministischen Theoriebildung auch in der Ökonomie zuerst die Unterschiede ausgiebig erforscht werden, um anschließend zu erkennen, welche Fallstricke diese Perspektive bietet; nämlich erstens, dass sie den Blick auf die Differenzen innerhalb der Gruppen verstellt und zweitens, dass sie die Differenz, die sie untersucht, dabei erst schafft. Vielleicht kann man die Phase der Differenz nicht überspringen. Trotzdem bleibt der Ansatz des Gender Marketings problematisch, weil der Effekt eine Befestigung stereotyper Zuweisungen ist und bei all dem völlig ausgeblendet wird, dass Gender nicht nur unterschiedliche Eigenschaften, Bedürfnisse und zielgruppenspezifische Kaufinteressen beinhaltet, sondern dass es dabei auch um soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Arbeitsteilung, Lohndiskriminierung, Herrschaftsverhältnisse und nicht zuletzt um Sexismus und Gewalt gegenüber Frauen geht. Daran sollte in Debatten, die sich mit dem Gender-Begriff schmücken, gelegentlich erinnert werden.

Links zum Thema:

<http://www.bluestone-ag.de>

<http://www.gendermarketingkongress.de>

<http://www.gendertrends.de/index.php?id=13>

Sozialpolitik

Freiheit oder Planwirtschaft?

Das absurde Theater des Streits um Kinderkrippen und die Widersprüche im System der Reproduktion

08.05.2007, Gabriele Winker

Seit Wochen geht es in der bundesdeutschen öffentlichen Debatte um die Einrichtung von 500.000 zusätzlichen Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren bis zum Jahr 2013. Familienministerin Ursula von der Leyen möchte mit dieser Maßnahme die Betreuungsquote von Kleinkindern in Krippen oder bei Tagesmüttern deutlich auf ca. ein Drittel anheben. Die Inszenierung dieser öffentlichen Diskussion entspricht einem absurden Theater - die Freiheit der Mütter scheint in Gefahr und selbst das Gespenst des Sozialismus gewinnt wieder an Kontur. Im Gegenzug plädiert Frau von der Leyen für einen konservativen Feminismus. Hinter all diesen großen Worten steckt ein konkretes Problem des derzeitigen neoliberalen Systems: Die möglichst kostengünstige Reproduktion einer neuen Generation bei gleichzeitiger flexibler Beschäftigung aller erwerbsfähigen Personen, die auf dem Arbeitsmarkt benötigt werden.

Anstatt den Vorschlag von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen, die Betreuungskapazitäten für Kinder unter 3 Jahren deutlich aufzustocken, auf dem Hintergrund einer bisher völlig unzureichenden Kleinkindbetreuung in der BRD zu diskutieren, entwickeln sich die Kontroversen zunächst im Streit um die Finanzen. Die Familienministerin Ursula von der Leyen hat in ihrer eigenen Bundesregierung Schwierigkeiten, die für den angestrebten Ausbau der Kleinkindbetreuung benötigten zusätzlichen ca. 3 Mrd. Euro aufzutreiben. Und nach den Vorstellungen des SPD-Vorsitzenden Kurt Beck sollen die zusätzlichen Ausgaben für Kinderkrippen von Familien mit Kindern bezahlt werden, indem auf die bereits geplante Kindergelderhöhung verzichtet wird - ein abgenutzter und wenig überzeugender Taschenspielertrick.

Doch bilden die finanziellen Argumentationen nur das Begleitgeplapper im Hintergrund, die eigentliche Inszenierung beginnt mit ideologischen Großangriffen im Vordergrund. Wie in einem absurden Theater sagen alle auftretenden Figuren, was sie schon immer gedacht haben, aber nicht zu sagen wagten. Bischof Walter Mixa sieht Frauen zu Gebärmaschinen degradiert, die darüber hinaus gegen ihren Wunsch gezwungen werden, ihre Kinder in fremde Betreuung zu geben. ([Zenit, 23.04.07](#)) Der sächsische Kultusminister Steffen Flath fühlt sich an die DDR erinnert und warnt vor sozialistischen Verhältnissen: Die Krippen der DDR hätten die Wahlfreiheit der Eltern eingeschränkt und beeinträchtigen das Vertrauen der Kleinkinder in eine Bezugsperson. ([dradio.de, 15.02.07](#)) Und Ursula von der Leyen räsoniert über die Notwendigkeit eines konservativen Feminismus. Konservativ stehe für die Erhaltung von Werten in einer modernen Welt: "die Werte der Verantwortungsübernahme für andere, der Verlässlichkeit untereinander. Aber bitte auf Augenhöhe!" ([Faz.net 19.04.07](#)) Letzteres scheint dann die Definition des Feminismus zu sein.

Was nur soll das alles bedeuten, was wird hier eigentlich gespielt? Es ist einmal mehr die FAZ mit ihren klugen Köpfen, die uns in diesem Wirrwarr den Weg weist: Ein Interview mit der Familienministerin in der Sonntagszeitung der FAZ vom 22. April 07 erinnert an den alten Slogan "Freiheit oder Sozialismus". Und dahinter steht durchaus Absicht. Nach Vorstellung der beiden FAZ-Interviewer bedeuten Kinderkrippen Planwirtschaft und schränken die Freiheit der Familien ein, die doch selbst und marktkonform entscheiden sollten, wann Krippe,

Kinderfrau oder Zuhausebleiben angesagt ist. ([FAZ.net 22.04.07](#)) Dass diese Entscheidung dann aber davon abhängt, wie viel Geld eine Familie zur Verfügung hat, wird bei dieser Vorstellung von Freiheit allerdings unterschlagen.

Und plötzlich wird offensichtlich, es geht in der Debatte um die Kinderkrippen nicht um Freiheit, Feminismus oder den besten Weg der Kindererziehung. Denn das absurde Theater spielt auf einer neoliberalen Bühne. Und da lautet die eigentliche Frage, wie es gelingt, möglichst kostengünstig dafür zu sorgen, dass sich Eltern auch mit Kleinkindern um ihren eigenen Lebensunterhalt kümmern. Während die Familienministerin der Meinung ist, dies sei nur über Kinderkrippen zu lösen, fragen sich die FAZ-Interviewer, ob sich diese staatlichen Ausgaben auch vermeiden lassen? Es geht also nicht darum, die ewig gestrigen mit ihrer Mutterideologie mit einigen ideologischen Zugeständnissen auf die Bühne zu holen oder um eine tatsächliche Emanzipation und Wahlfreiheit von Frauen. Sondern mit diesem Diskurs lässt sich ausprobieren, ob eine Betreuung von Kindern und damit die Bereitstellung einer neuen Generation von Arbeitskräften nicht billiger zu haben ist - entsprechend den Marktgesetzen eben.

Und in der Tat werden über diese Debatte Widersprüche im derzeitigen Kapitalismus deutlich, die ansonsten weitgehend unausgesprochen bleiben. Im neoliberalen System geht es um eine möglichst weitgehende Ökonomisierung aller gesellschaftlichen Bereiche. Damit verbunden ist der Abbau staatlicher Leistungs- und Sicherungssysteme. Entsprechend soll auch in der Sozial- und Bildungspolitik die Kostensenkung vorangetrieben werden, um die steuerlichen Belastungen für Unternehmen und Besserverdienende möglichst gering zu halten und dadurch die Verwertungsbedingungen des Kapitals zu verbessern.

Wer aber soll dann die Reproduktionsaufgaben übernehmen? Trotz mancher letzten Wortgefechte ist die Ernährerehe bereits weitgehend abgewickelt, da ein abgesicherter Familienlohn mit Rentengarantien zur Unterhaltung einer Ehepartnerin als zu teuer gilt. Stattdessen soll jeder und jede dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und sich durch eigene Erwerbsarbeit unterhalten. Daneben - dies wäre die günstige Variante - sollten die Erwerbstätigen, in der Regel die erwerbstätigen Frauen die Betreuungsarbeiten in der Familie übernehmen. Als Unterstützung erhalten diese Eltern für 12 bzw. 14 Monate als Lohnfortzahlung das Elterngeld. (<http://www.feministisches-institut.de/elterngeld.html>) Danach kann dann eine Tagesmutter oder Haushaltshilfe zur Kinderbetreuung engagiert werden, deren Kosten von der Steuer bereits abzugsfähig sind. All diese Maßnahmen sind schon heute auf die qualifizierten und besser verdienenden Berufstätigen zugeschnitten. Aus neoliberaler Sicht ist es durchaus überlegenswert, dieses Modell für das zweite und dritte Erziehungsjahr in einer noch zu klärenden Form fortzuschreiben. Damit ist eine gezielte Förderung des gehobenen Mittelstands im Visier. Alle anderen lassen sich dann deutlich kostengünstiger als mit einem Kinderkrippenplatz oder der Finanzierung einer Tagesmutter über die Ausdehnung der 300 Euro Unterstützung abfrühstücken. So die Vorstellung des designierten CSU-Chefs Erwin Huber. ([Berliner Zeitung online, 25.04.07](#))

Hier könnte nun das absurde Theater enden, indem ganz im Sinne dieser Theatertradition die Unsinnigkeit der Welt und der darin verlorenen Menschen dargestellt wurde. Da es aber unser Leben betrifft und das der nachfolgenden Generationen, gilt es einen anderen Ausgang für dieses Stück zu schreiben und dafür auch einzutreten. Wollen wir nicht weiter der großen Mehrheit der Kinder, die nicht in gut verdienenden Familien aufwachsen, vielfältige Gemeinschafts-, Bildungs- und Kulturerfahrungen vorenthalten, geht es um eine qualitativ hochwertige Sozial- und Bildungspolitik. Es wird die flächendeckende Realisierung von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder aller Altersstufen benötigt, die ohne Gebühren auch Kindern aus Familien offen stehen, die in der Armutszone leben. Auch muss für die Betreuungs-

einrichtungen, durchaus anknüpfend an Überlegungen der Familienministerin, eine Qualitäts-offensive gestartet werden. Es gilt an die Bedarfe der Eltern angepasste Öffnungszeiten zu realisieren und dabei mit einem angemessenen Personalschlüssel der Unterbesetzung der Gruppen in Kinderkrippen und Kindergärten entgegenzutreten. Und es gilt die Ausbildung der ErzieherInnen und KinderpflegerInnen zu verbessern. Warum sollen - wie in allen anderen europäischen Staaten auch - nicht endlich mit (Klein-)Kindern arbeitende professionelle Betreuungspersonen an Hochschulen ausgebildet werden. Dies sind Schritte, mit denen eine Gesellschaft ihre Kinder nicht kurzfristig als zukünftige nutzbringende Arbeitskräfte sieht, sondern allen eine Chance eröffnet, ihr Leben zu gestalten und ihre Persönlichkeit zu entfalten.

Sozialpolitik

Kinder sind bereits bei der Geburt unterschiedlich viel wert

27.11.2006, Gabriele Winker

In der BRD ersetzt ab dem 1. Januar 2007 das Elterngeld als neue familienpolitische Leistung das bisherige Erziehungsgeld. Im Unterschied zum bedarfsabhängigen Erziehungsgeld orientiert sich die staatliche Transferzahlung des Elterngelds nicht an dem Prinzip der Bedürftigkeit, sondern ist als vorübergehender Einkommensersatz zu verstehen. Während Erwerbslose als Sockelbetrag gerade einmal 300 Euro monatlich erhalten, können Gutverdienende als Elterngeld bis zu 1.800 Euro pro Monat beziehen. Dieses Gesetz trägt zur Verschärfung der finanziellen Kluft zwischen arm und reich bei und kann damit als zutiefst unsozial bezeichnet werden. Kinder gut verdienender Eltern sind bereits bei der Geburt mehr wert als Kinder von erwerbslosen Eltern.

Zu den konkreten Fakten: Mit dem Elterngeld erhalten Erwerbstätige, die ihr Berufsleben unterbrechen oder ihre Erwerbstätigkeit auf höchstens 30 Stunden wöchentlich reduzieren, eine staatliche Leistung in Höhe von mindestens 67 Prozent ihres bisherigen Einkommens. Maximal werden 1.800 Euro gezahlt. Ist das Einkommen geringer als 1.000 Euro netto monatlich, wird der Prozentsatz gleitend erhöht und es werden bis zu 100 Prozent des Einkommens ersetzt. Erwerbslose und Studierende ebenso wie Hausfrauen und Hausmänner erhalten einen Sockelbeitrag von 300 Euro monatlich. Das Elterngeld kann bis zu 14 Monate gezahlt werden, wobei die letzten beiden Monate nur dann gewährt werden, wenn beide Elternteile - abwechselnd oder auch gemeinsam - die Erwerbsarbeit unterbrechen oder zumindest auf max. 30 Wochenstunden reduzieren. Alleinerziehende erhalten 14 Monate Elterngeld. Das Gesetz zum Elterngeld tritt am 1.1.2007 in Kraft und gilt nur für Eltern, deren Kinder ab diesem Zeitpunkt geboren werden.

Mit der Ausrichtung des Elterngelds an der Höhe des bisherigen Einkommens wird die ansonsten bei staatlichen Leistungen breit vertretene Bedarfsprüfung verlassen. Dies hat zur Folge, dass alleinerziehende ALG II EmpfängerInnen mit dem gleichen Mindestbetrag von gerade einmal 300 Euro monatlich auskommen müssen wie nicht-erwerbstätige Erziehende in sehr gut verdienenden Familienernährer-Haushalten. Bis zum Sechsfachen dieses Betrags können dagegen bisher gut verdienende Erziehende erhalten, ebenfalls unabhängig davon, ob sie alleinerziehend sind oder in einer Partnerschaft leben.

Die Leidtragenden dieser neuen Regelung sind damit ALG II EmpfängerInnen, Studierende und schlecht verdienende Eltern, die finanzielle Einbußen hinnehmen müssen, da das bisherige Erziehungsgeld mit einem Regelbetrag von 300 Euro monatlich zwei Jahre lang gezahlt wird. Mit der Einführung des Elterngelds halbiert sich in etwa die Summe der Leistungen für erwerbslose Eltern, während besser Verdienende eine erheblich höhere Förderung erhalten. In einer Presseerklärung des Bundesfamilienministeriums vom 11.05.2006 wird zynisch darauf verwiesen, dass durch die Kürzung bei Erwerbslosen "die notwendigen Abstandsgebote zum Erwerbseinkommen eingehalten" werden.

Mit dem Elterngeld wird über Nacht die Zahlung von staatlichen Transferleistungen ohne Bedürftigkeitsprüfung eingeführt. Dies ist grundsätzlich nicht verwerflich, da beispielsweise auch mit dem politisch interessanten Konzept eines bedingungslosen, die Existenz sichernden Grundeinkommens die Bedürftigkeitsprüfung abgeschafft werden soll. Beim Elterngeld führt allerdings die Abschaffung der Bedarfsorientierung nicht zur einer - von der Familienkonstel-

lation unabhängigen - für alle Erziehenden gleich hohen staatlichen Transferleistung. Der vom Staat gezahlte monatliche Zuschuss wird vielmehr normativ nach der Höhe des bisherigen Einkommens festgesetzt. Damit dient die Aufhebung der Bedarfsprüfung dazu Besserverdienende zu bevorzugen.

Offiziell lautet die Begründung, die Bundesregierung wolle "mit diesem Gesetz "einen finanziellen Schonraum in der Frühphase der Elternschaft eröffnen und dazu beitragen, dass es beiden Elternteilen durch Vermeidung von Gehaltseinbußen auf Dauer besser gelingt, ihre wirtschaftliche Existenz zu sichern". Mit dieser offiziellen Begründung wird deutlich, dass das Elterngeld nicht Erwerblose zur Zielgruppe hat, da Ihnen - mit oder ohne Kinder - kein Gehalt zur Verfügung steht. Eltern, die dem neoliberalen Anspruch nach Eigenverantwortung nicht gerecht werden, sind nicht erwünscht, zumal für diese Familien zusätzliche staatliche Sozialausgaben über die Zeit des Elterngelds hinaus erforderlich werden. Folgerichtig aus Sicht der Bundesregierung sollen auch Flüchtlinge und AsylbewerberInnen, die keinen rechtmäßigen Daueraufenthalt in der BRD nachweisen können, von diesem Gesetz nicht profitieren.

Im Fokus des neuen Gesetzes zum Elterngeld stehen hoch qualifizierte berufstätige Frauen und auch Männer, für die erhöhte Zeugungs- und Gebärenreize geschaffen werden sollen. Sie sollen motiviert werden, die neue Generation von Arbeitskräften auf die Welt zu bringen und entsprechend der erhöhten Bildungsanforderungen zu erziehen. Damit scheint die Bundesregierung ihrer eigenen Bildungspolitik nicht mehr zuzutrauen, Kinder aus den unterschiedlichsten Familien zu hoch qualifizierten jungen Menschen auszubilden.

Ob allerdings das Elterngeld in der Zukunft tatsächlich dazu beiträgt, dass mehr berufstätige Frauen und Männer sich für ein Leben mit Kindern entscheiden, ist mehr als fraglich. In einem Land wie der BRD, das viel zu wenig in staatliche Betreuungs- und Bildungsaufgaben investiert, ist es zur Sicherung der eigenen Existenz der Erfolg versprechendste Weg auf Kinder zu verzichten. Daneben erschweren die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse und die fehlende soziale Absicherung bei Verlust des Arbeitsplatzes die Bereitschaft, Verantwortung für Kinder zu übernehmen. Dennoch lässt sich die Bundesregierung dieses Gesetz, das die zunehmende Spaltung der Gesellschaft in reich und arm weiter vorantreibt, in einer Zeit der permanenten Forderung nach Haushaltssanierung 1,5 Mrd. Euro pro Jahr zusätzlich kosten.

Technologie

Hat die Nanotechnologie ein Geschlecht?

27.11.2006, Tanja Carstensen

Nanotechnologie gilt zurzeit als Zukunftstechnologie Nr. 1. Kritische Stimmen dazu sind bisher selten, es überwiegen Hoffnungen auf Innovation, sichere Arbeitsplätze und Standortsicherung. In diese Argumentationslogik fügen sich auch Projekte wie Nano-4-women und WomenInNano ein, die (mal wieder) am (angeblich) zögerlichen Zugang von Frauen zu neuen Technologien ansetzen. Hoffnung auf eine differenziertere Diskussion der Nanotechnologie aus feministischen Perspektiven bieten neuerdings erste Versuche von Geschlechterforscherinnen und feministischen Natur- und Technikwissenschaftlerinnen, die beispielsweise Fragen nach Vergeschlechtlichungsprozessen in Nano-Diskursen und Fragen nach Effekten von Nanotechnologie auf den menschlichen Körper aufwerfen.

Wann immer zurzeit von Nanotechnologie gesprochen wird, ist die Rede von immensen Anwendungsmöglichkeiten. Häufig genannt werden die Bereiche Mikroelektronik, Werkstoff- und Umwelttechnologien, Medizin, Kosmetik, Textilien und Lebensmittel, für die bedeutender Nutzen durch die winzigen Teilchen vorausgesagt wird. Gleichzeitig bleiben die Vorstellungen unklar, was Nanotechnologie eigentlich ist. Auch eine einheitliche Definition existiert bisher nicht. Beschreibungen beschränken sich auf Aussagen, dass Nanotechnologie sich mit Strukturen befasst, die mindestens eine Dimension kleiner als 100 nm sind und sich auf die gezielte Herstellung oder Manipulation einzelner Nanostrukturen beziehen ([Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag](#)). Ähnlich wie das Internet und die Gen- und Biotechnologie ist Nanotechnologie damit wenig greifbar - im wahrsten Sinne des Wortes. Sie ist nicht im selben Maße dinglich oder gegenständlich wie frühere Leit- und Zukunftstechnologien, z.B. Telefon, Computer oder Auto. Dieser Umstand scheint die Produktion imposanter Bilderwelten zu provozieren. Anhand von farbenfrohen Abbildungen und überschwänglichen Adjektiven werden Realitäten dieser neuen Technik produziert. Einmal mehr wird sich auch für die Nanotechnologie wieder des Topos von neuen, geheimnisvollen Welten, die erobert werden müssten, bedient.

Insbesondere werden in den Diskursen ökonomische Deutungen vorgebracht: Die Argumentationen bewegen sich innerhalb von Standort- und Wettbewerbslogiken; Stichworte sind "Technologieführerschaft" und "zukunftsichere Arbeitsplätze". So ist es nicht verwunderlich, dass zurzeit in der BRD 290 Millionen Euro an öffentlichen Fördermitteln in die Nanotechnologie fließen ([Bundesministerium für Bildung und Forschung](#)). Auch wenn mittlerweile zunehmend kritische Positionen zu hören sind - z.B. hinsichtlich der Giftigkeit von auf Nanotechnologie basierenden Materialien oder der Unabschätzbarkeit der Folgen der Eingriffe in Natur und den menschlichen Körper ([Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag](#)) - dominieren in der öffentlichen Diskussion doch die Faszination und die Hoffnung auf Innovation - Diskurse über Risiken bleiben randständig.

Auch die Thematisierung von Geschlecht in den politischen und öffentlichen Debatten ist bisher auf ein einziges Argumentationsmuster beschränkt, das sich nahtlos in die ökonomische Argumentationslogik einfügt: Der geringe Frauenanteil in nanowissenschaftlichen Studiengängen müsse erhöht werden. Ausgehend von variierenden Prozentzahlen des Frauenanteils in den Nanowissenschaften (10-22%) werden von Projekten wie [WomenInNano](#) und [Nano-4-women](#) Potenziale für Gründerinnen beschworen und Frauen ermutigt, eine Wissen-

schaftskarriere einzuschlagen. Auch Mädchen sollen überzeugt werden, dass es sich bei der Nanotechnologie "nicht um eine langweilige Wissenschaft, sondern um eine geheimnisvolle, aufregende Welt" ([Mitteilungen Uni Paderborn](#)) handelt. In den Projektbeschreibungen sucht man vergeblich nach Zielen wie einer gleichberechtigten Beteiligung der Geschlechter an Technologienentwicklung und damit gesellschaftlich hoch angesehenen Gestaltungsfeldern oder einer Neubewertung von Technik und dem Aufbrechen dieser Männerdomäne. Das Interesse gilt primär dem "alarmierenden Fachkräftemangel" (Bulmahn). Wieder einmal wird das ewig gleiche Lied von zögerlichen Frauen gesungen, die motiviert, begeistert, ermutigt und geworben werden müssen. Es wird einiger, insbesondere finanzieller Aufwand betrieben, um die Bundesrepublik Deutschland mit Hilfe der Frauen wettbewerbsfähiger zu machen.

Hoffnung auf Gegendiskurse bietet allerdings die gerade beginnende Diskussion zu Nanotechnologie, die von Geschlechterforscherinnen und feministischen Natur- und Technikwissenschaftlerinnen initiiert wird. Auf einem [Workshop an der TU Berlin](#) im Juni dieses Jahres diskutierten beispielsweise Wissenschaftlerinnen über Fragen, inwiefern nanotechnologische Entwicklungen den menschlichen Körper betreffen. Durch Kosmetik, Funktionsbekleidung und Medizintechnik würden die Grenzen zwischen Technischem und Organischem verwischt, was die Frage aufwerfe, inwiefern diese, an Cyborgs erinnernde Entwicklungen, emanzipatorische Effekte haben können. Auch Fragen nach den Leitbildern, die die Entwicklung der Nanotechnologie begleiten, nach Vergeschlechtlichungsprozessen in der diskursiven Herstellung von Nanotechnologien und nach Verschiebungen sozialer (Geschlechter-)Ordnungen wurden gestellt. Antworten gibt es bisher wenige, doch zeigen Veranstaltungen wie diese, dass diese Fragen durchaus Sinn machen (siehe auch Tagung der Frauen in Naturwissenschaft und Technik [NUT](#)). Bleibt zu hoffen, dass diese Anfänge ihren Eingang in hegemoniale nanotechnologische Diskurse finden und dass auch Projekte mit solchen Fragestellungen an der breiten finanziellen Förderung teilhaben werden.